



Vierteljähriger Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsheligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 401. Morgen-Ausgabe.

Abonnement-Gesellschaft.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für den Monat September ergebenst ein.

Der Abonnement-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 M. 75 Pf., bei Zustellung ins Haus 2 M. 15 Pf., auswärts incl. des Portozuschlages 2 M. 17 Pf., und nehmen alle Postanstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement, durch die Colportoure freit ins Haus, 50 Pf.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Aussichten in der Währungspolitik.

Die Gesellschaft, mit welcher die hochschulzöllnerischen Organe immer wieder darauf zurückkommen, daß die Einführung der reinen Goldwährung in Deutschland ein großer Fehler gewesen, und daß Fürst Bismarck fest entschlossen sei, diesen Fehler wieder gut zu machen, veranlaßt uns heute zu einigen weiteren Bemerkungen über die Währungsangelegenheit.

Schon in unserem Leitartikel vom 21. d. Ms. deuteten wir an, daß nur Derjenige den Beitritt des Deutschen Reiches zu einem internationalen Doppelwährungsbunde empfehlen könnte, der so beängt wäre in hochschulzöllnerischen Anschaufungen, daß er eine Verschlechterung unserer Valuta als etwas wünschenswerthes betrachte. Je aufmerksamer wir die einschlägigen Neuerscheinungen der gegnerischen Presse verfolgen, um so mehr kommen wir zu der Überzeugung, daß wir mit dieser Auseinandersetzung in der That den Urquell der ganzen Agitation für Remonetisierung des Silbers richtig bezeichnet haben. Schon vor Jahren, als die Bewegung für eine protectionistische Revision des deutschen Einfuhrzolltarifes noch im Entstehen begriffen war, bemühten ganz dieselben Personen und Organe, welche während der jüngsten Reichstagssession nunmehr Chorführer gewesen sind, jede sich darbietende Gelegenheit zur Schilderung der Vortheile, welche den österreichischen und russischen Industriellen aus dem niedrigen Stande der Landesvaluta angeblich erwachsen. Und das ist ja richtig: ist man Schuhzöllner aus Prinzip, kennt man überhaupt keine höhere Aufgabe, als die thunlichste Verdrängung der ausländischen Concurrenz vom heimischen Markt, so hat man auch alle Ursache, das Land mit Papierwährung oder mit geringwertiger Silervaluta glücklich zu preisen, denn in dem Minderwerthe der Landeswährung liegt eine sehr wesentliche Verschärfung des Zolltarifes denselben mit fremden Industriellen gegenüber, welche in Ländern mit vollwertiger Goldvaluta producieren.

Man kann die Doppelwährung (deren ökonomischen Charakter wir in Nr. 387 kurz geschildert haben) freilich auch um ihrer selbst willen, also aus ganz anderen Gründen, wie unsere schuhzöllnerischen Tagespolitiker, wollen. Vor 10—12 Jahren standen an der Spitze der Anhänger der Doppelwährung in Deutschland und in Frankreich: hier Prince-Smith, dort Wolowsky, — beides hervorragende freihändlerische Führer. Neben und mit ihnen haben sich viele namhafte Politwirthe, denen nichts ferner lag, als eine Schuhzöllnerpolitik, für die gesetzliche Fixierung einer Wertproportion zwischen Gold und Silber ausgesprochen, weil sie in einer solchen Tarifierung das geeignete Mittel erblickten, um eine gewisse Stabilität der Wertrelation zwischen Gold und Silber auf lange Zeit hinaus zu garantiren.

Prince-Smith hat aber noch kurz vor seinem Tode erklärt, daß er die Einführung von goldenen Zahlmitteln in den deutschen Verkehrs für die wichtigste Aufgabe und dagegen die Frage, ob dies mittelst der Annahme der reinen Goldwährung oder der Doppelwährung zu geschehen habe, für untergeordnet halte; er hat, An- gesichts der nach dem Kriege sich darbietenden günstigen Gelegenheit zur Durchführung der Goldwährung, in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für das Gesetz vom 4. December 1871 gestimmt. Wolowsky hat seine Lieblingsidee, alle Culturstaten zu einem internationalen Bunde behufs Aufrechterhaltung der Doppelwährung zu vereinigen, während seiner letzten Lebensjahre keine Fortschritte machen sehen. Er hat es noch erleben müssen, daß die Länder der lateinischen Münzconvention ihre Silberausprägungen stürten, ja sogar, daß Deutschland die Einladung der Vereinigten Staaten zur Münz-Conferenz im Jahre 1878, welche zur Zeit der Weltausstellung in Paris tagen sollte und getagt hat, ablehnte.

Ob Wolowsky, wenn er noch am Leben wäre, unsere heutigen Doppelwährungs-Enthusiasten wohl als Bundesgenossen willkommen hieße? Es ist klar, daß er mit diesen Währungspolitikern jede Gemeinschaft gemieden haben würde! Dagegen ist in Herrn Gernuschi in Paris neuerdings ein Vertheidiger der internationalen Doppelwährung aufgetreten, welcher die Agitation, deren geistiges Haupt einst Wolowsky gewesen, in dessen Sinne in Frankreich fortsetzt.

Es ist sehr lehrreich und unterhaltsam, das offene Schreiben zu lesen, welches Herr Dr. Herzka (Volkswirtschaftlicher Redaktionschef der „Neuen Freien Presse“) an Herrn Gernuschi, „den Währungsdiplomaten“ gerichtet und im „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich“*) veröffentlicht hat. Hier werden zum ersten Male in erschöpfer Weise die Chancen geprüft, welche eine Agitation für allgemeine Einführung der Doppelwährung heute haben könnte. — Herr Gernuschi giebt sich der thünen Hoffnung hin, daß Frankreich und Amerika mit vereinten Kräften England in den neuen Zukunftsbund hineinzwingen könnten. England hat wegen seines großen indischen Handelsgebietes, welches nur Silberwährung kennt, ein sehr lebhafes Interesse daran, weiteren Entwickelungen des Silbers vorzubringen. Wenn Frankreich sich entschließen würde, einige Millionen Silberfranken an der Londoner Silberbörsen zu verschleudern und Amerika dieses Börsenmanöver unterstützen, so würden Englands Beziehungen zu Indien in eine heilose Verwirrung gerathen, und die englische Regierung müßte gern oder ungern einen Währungsbund mit den erstgenannten beiden Ländern suchen. Indem Herr Herzka diese Prophesie als ein hältloses Phantassegibl seines Gegners kennzeichnet, giebt er in sehr charakteristischer Weise die Gründe an, warum die Engländer von ihrer einheitlichen Goldwährung nicht lassen werden. Er schreibt:

„Diese resoluten, prosaischen, aller Sympathie für die „verfolgte weiße“ Herausgegeben von Holzendorff und Brentano. III. Jahrgang. Erstes Heft.“

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 29. August 1879.

„Unschuld“ baren Leute wären im Stande, einen Minister zu hängen, der es wagen wollte, ihnen ihre Goldstücke zu nehmen und gegen Silber umzuwechseln, mag dieses Silber immerhin für ewige Zeiten auf die Relation von 15% zum Golde festgestellt werden. Alle, selbst die herzbredensten Declamationen über die weiterlösende Bedeutung einer solchen Maßregel würden auf taube Ohren stoßen. Die Engländer wollen nun einmal kein Silbergeld und die englische Nation, nicht die englischen Staatsmänner müssen Sie anklagen, wenn an diesem unbefugten Willen Ihre feinsten und herrlichsten Pläne scheitern. Warum die Engländer dies nicht wollen? Ich könnte mir die Antwort leicht machen und mich damit begnügen, einfach zu sagen, daß sie es eben nicht wollen, denn ich glaube, daß ein derartiger Wille einer ganzen Nation, und wäre er immerhin in sich selbst unbegründet, ein reines Vorurtheil, doch schon deshalb respektirt werden müsse, weil Niemand die Macht hat, diesen Willen zu beugen oder zu brechen. Aber ich glaube, daß die Engländer vollkommen im Rechte sind, wenn sie das Gold vorziehen und zwar lassen sich die Argumente, die für diese Vorliebe geltend gemacht werden können, in wenigen Worten dahin zusammenfassen, daß die Engländer Goldmünzen vorziehen, weil diese bequemer sind, als Silbermünzen. Begreifen Sie denn nicht, daß das genug ist, mehr als genug, daß es Alles ist, was eine Nation zur Empfehlung ihrer Münzstände sagen kann? Ein Geld empfehlen, das unbehaglich ist, als ein anderes, läuft ganz auf dasselbe hinaus, als wenn Sie ein Nahrungsmittel empfehlen wollten, das unschmackhaft und minder nahrhaft ist, einen Kleidungsstoff, der unlesbar ist und vor den Unbilden der Witterung nicht schützt, einen Schmuckgegenstand, der nicht schön ist, kurz ein Ding, dem gerade keine Eigenschaft fehlt, um deren willen allein es gebraucht wird. Was leistet dann das Geld dem Menschen, wenn es der Bequemlichkeit des Verbrauchs nicht dient? Wär es, reiste es den Gaumen, befriedigt es den Schönheitsinn? In Wahrheit ist mit der einfachen, so leichtlich behandelten Thatsache, daß das Silber für den Geldbedarf der civilisierten Nationen des Abendlandes zu schwierig, zu unbehaglich geworden ist, daß Silber als Geld des Abendlandes gerichtet, unwiederbringlich auf den Aussterbefall gesetzt, und Sie können gerade so gut für die Kupfer- oder Eisenwährung sich echauffiren, ohne schlechteren, aber auch, ohne besseren Erfolg zu erzielen, als mit Ihrem Chauffement für die „Revindication des Silbers“.

Nicht minder kläglich ist Herzka's Nachweis, daß auch unter der Voraussetzung: alle großen Culturstaten würden zu einem Verein zusammen treten, um die Wertrelation zwischen Gold und Silber 1 : 15½ zu garantiren, diese Garantie keine absolute und ein Disagio des Silbers innerhalb der Länder des Währungsvereins über Jahr und Tag möglich wäre. Es würde uns indessen hier zu weit führen, wollten wir diese Beweisführung reproduzieren. Wir möchten heute auf die verdienstvolle Arbeit des Wiener Publicisten nur aufmerksam machen, weil sie im hellsten Lichte zeigt, daß jedes fortgeschrittenen Culturstadt, welches sich heute noch darauf einläßt, mit einer sogenannten Doppelwährung zu experimentieren, in Wahrheit an einem Abgrunde wandelt; und weil die Gefahr in Deutschland täglich wächst, daß sich Bundesrat und Reichstag auf ein solches halbtreherisches Experiment einzlassen könnten!

Unser letzter Reichstag hat verschiedene Beschlüsse gefaßt, bei deren Vorbereitung sich die Mehrheit der Menge einer sachlichen Begründung, einer zeitraubenden Verständigung mit dem Gegner, gänzlich überhoben glaubte. „So wollen wir's, so beschließen wir's, — dies diene Euch an Stelle des Grundes . . .“

Wie nun, wenn uns ein folgender Reichstag nach denselben Recepten mit einer Remonetisierung unseres alten Silbers überrascht??

Breslau, 28. August.

Wir haben im Mittagsblatt den letzten Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ mitgetheilt, welcher auf Bildung einer neuen Mittelpartei hinzweist, die sich den seligen Polonius zum Muster zu nehmen hätte, der die Wollen, je nachdem es vorgesagt wurde, bald als Pardel, bald als Wiesel oder Kameel ansehen konnte. Genau in diesem Sinne würde sich die noch ungeborene Partei zu den wechselseitigen Ansichten der Regierung zu bekennen und die nationalen Culturaufgaben einmal in dem Kampf gegen Welsen und Ultramontane, das andere Mal in dem Zusammenwirken mit denselben zu erledigen haben. Bei dieser Gelegenheit wird den National-liberalen gesagt, daß sie den Anspruch auf die Ehrenstellung einer Mittelpartei verwickelt haben, daß es aber noch einige Gerechte unter ihnen gebe, die bei Creitung der parlamentarischen Mandarinen-Gruppe berücksichtigt werden sollen. Ueber diesen Theil der Ausführungen spricht sich die „Trib.“ u. a. wie folgt aus:

Das halbmälsche Blatt behauptet, es sei lange die Hoffnung der Regierung und erster Vaterlandsfreunde gewesen, die nationalliberalen Partei möge diesen Beruf erfüllen und festhalten, doch sei diese Hoffnung mehr und mehr getäuscht worden. Abgesehen von der Geschäftsmäßigkeit, eine Partei, die den nationalen Gedanken schon zu einer Zeit hochhielt, als mancher der Führer der neuen Aera seine Hoffnung auf das Ausland setzte, wenigstens indirect in Gegenfaß zu ersten Vaterlandsfreunden zu stellen, ist der Beweis, daß die nationalliberalen Partei ihre Aufgabe nicht erfüllt habe, so wenig erbracht, daß wir nicht verlehnen, wie die „Provinzial-Correspondenz“ mit solchen Ausführungen Stimmung zu machen hofft. Es wird mit rührenden Worten darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Partei von „conservative Durchbildung“, Männer „mit wissenschaftlicher Tiefe und weitern unbefangenen Blick“ — „wer deutet dabei nicht unwillkürlich an Herrn von Treitschke und Co.“ — daß diese Männer einsam in ihrer Partei gestanden. Wir sehen also, wo hinaus die „Provinzial-Correspondenz“ will: sie will einer Mittelpartei nur dann Existenz-Berechtigung zuerkennen, wenn sie, auf jedes selbstständige Urtheil verzichtend, steht und in allen Fällen mit der Regierung geben, wenn sie eine Partei Treitsche werden will. Wir glauben, daß das officielle Organ für diesen Wunsch schwerlich jemals Erfüllung finden wird.

Die „Nat.-Lib. Corresp.“ sieht sich durch die officiellen Auslassungen zu nachstehender Richtigstellung veranlaßt:

„Man kann über die inneren Vorgänge der nationalliberalen Partei oder vielmehr der entsprechenden parlamentarischen Fraktion nicht weniger urtheilen, als es in dem Artikel des Regierungsrörgans geschieht. Das mag auf Unkenntniß beruhen. Aber nicht minder unrichtig ist die Darstellung da, wo es sich um die offenkundigsten Thaten handelt. Mit vollem Recht konnte der Abg. Lasker in der letzten Reichstagssession versichern, daß er der Majorität seiner Fraktion unendlich viel mehr Druck gebracht habe, als dies umgekehrt der Fall gewesen. Die „Prov.-Corr.“ behauptet ungefähr das gerade Gegenteil. Beweise freilich bringt sie dafür nicht. Was den Streit über den Charakter der „Mittelpartei“ anlangt, so würden wir uns mit der „Prov.-Corr.“ über die an eine solche Partei zu stellenden Ansprüche schwerlich jemals verständigen können. Wenn wir den Schwall von Phrasen, deren sich das Blatt bei dieser Gelegenheit bedient, in seinem Kerne richtig verstehen, so soll eine Mittelpartei eine Vereinigung sein, in welcher liberale und conservative Elemente einander neutralisiren. Nach unserer Auffassung könnte das Produkt eines derartigen chemischen Prozesses nur eine Fraktion der politischen Charakterlosigkeit sein. Den Ehrgeiz, sich auf diesen Standpunkt emporzuwirken, hat die nationalliberalen

Partei allerdings niemals besessen. Wenn sie sich bewußt gewesen ist und auch ferner bewußt bleibt, die Aufgabe einer Mittelpartei zu erfüllen, so ist ihr darum doch nie in den Sinn gekommen, daß Beben einer liberalen Partei abstreiten zu wollen. . . . Der praktische Zweck dieser verleumderischen Manöver tritt dagegen in der „Prov.-Corr.“ klar zu Tage; er ist kein anderer, als die Spaltung der nationalliberalen Partei.

Das Regierungsrörgen wird sich sehr bald überzeugen müssen, daß seine in dieser Richtung gemachten Anstrengungen nur verlorne Liebesmüh ge- wezen sind.

Die „Provinzial-Correspondenz“, welche als Wahl-Schamme überhaupt eine große Rücksicht entfaltet, kommt auch auf die von ihr ausgewogene Parole von dem Schutz oder der Preisgebung der nationalen Arbeit zurück. Wenn, wie im „Nathan“ gesagt wird, weise nur der, wer klug und klug, wer sich auf seine Vortheile gut versteht, dann ist auch diese Lösung für die Officien die wiefeste und klugste; denn der Appell an die materiellen Interessen, gleichviel ob diese in irgend einer Weise mit den nächsten Aufgaben des Landtages verknüpft sind oder nicht, kann jedenfalls mehr fruchten, als der Hinweis auf die Rückstrukturierung der kirchenpolitischen Gesetzgebung, der Schule und der Selbstverwaltung. Man ist auch so offen, dies unumwunden einzugeben. So sagt das ministerielle Organ im Anhang zu einer Polemik mit der „N.-Ztg.“:

Andere Blätter haben gegen die Wahlfrage der „Provinzial-Correspondenz“ einzuwenden, daß doch so viele Fragen des inneren Staatslebens näher liegen. Allerdings gibt es Fragen oder Aufgaben genug, welche demnächst der praktischen Erledigung barren. Nur sind sie gänzlich ungeeignet zu Wahlfragen. Meint man im Ernst, daß in Wahlversammlungen die Grenze der Verwaltungsgeschäfte oder die Ausdehnung der Simultanwahl und Ähnliches mit Nutzen erörtert werden kann? Es sind diese Fragen, in welchen die Regierung ihr Verfahren an der Hand der Erfahrung nach der Kenntniß der wechselseitigen Thatsachen Umstände einrichten muß. Noch viel weniger sind bindende Erklärungen den Bewerbern um das Abgeordnetenmandat möglich. Außerdem fallen die Fragen, die man vorschlägt, zum Theil in die alleinige Zuständigkeit der Verwaltung und nicht in die der Gesetzgebung. Am sonderbarsten ist die Zumutung, daß Eintreten für die unter dem Namen der Maigesche zugesammengesetzten kirchenpolitischen Gesetze zum Wahlrechtordnung zu machen. Mit diesem Erforderniß würde der Wahlkreisbestand des Centrums schwerlich erschüttert werden, dafür aber könnten sich unter diesem Zeichen die meisten Gegner der Regierung zusammenfinden, ohne daß die Letztere etwas erhielte, als was sie unentzweybar besitzt.

Auch die Deutschnationalconservativen, welche im Abgeordnetenhaus bisher freilich nur eine Achtmänner-Partei gebildet haben, aber durch ihren Abhang in einflussreichen Kreisen und im Hinblick auf die gegenwärtige Stimmung besondere Beachtung verdienken, sind nun mit ihrem Wahlausruh hervorgerückt. Hier bilden, der Sachlage entsprechend, Kirche und Schule die Hauptparole, die wirtschaftlichen Fragen werden nur nebenbei berührt. Dieses Programm hat mit jenem der Ultramontanen eine große Familiälichkeit, die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche und der christliche Charakter der Schule bilden die Schlagworte. Windthorst und Kleist-Nezon sind nur verschiedene Evangelisten derselben allgemeinen Reactionshändler.

Die „Germania“ fühlt sich auch bereits sehr sicher. Den eitlen Hoffnungen, die sich darauf stützen, daß weder der neue Cultusminister noch sein im Mühlerschen Geiste erzogener Unterstaatssekretär geneigt sein werden, erheblich von der bisher befolgten Richtung abzuweichen, tritt sie mit großer Zuversicht entgegen, indem sie sagt: „Wie dem auch sein mag, wir sehen der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig und fest entgegen, rechnen auf Niemandes Gunst und fürchten Niemandes Hass und vertrauen auf Gott, unser gutes Heiliges Recht und die Logik der Thatsachen.“

Hingegen ist das Centrumorgan mit dem Verlangen des neuconservativen Programms nach einer Vereinigung aller conservativen Fraktionen sehr unzufrieden. Das Centrum will den Anspruch auf Oberleitung der gesammten Heerschaaren nicht fahren lassen. Die „Germania“ äußert sich in dieser Richtung:

„Ob die gewünschte Fusion zu Stande kommen wird, scheint uns noch sehr fraglich. Der bisherige Personalbestand der Neuconservativen bietet einer conservativen Fraktion von festem Programm und wahrhaft conservativen Tendenzen einen wenig wünschenswerthen Zuwachs. Noch weniger wünschenswert müßte es den Genossen der schneidigen und prächtigsten Herren v. Hammerstein und v. Meyer-Alnsvalde sein, sich mit der Fraktion des Grafen Bethyus-Huc zu verbinden. Mit einer Leiche pflegt man keinen Bund zu schließen, und daß die Freiconservativen in Bälde zu den Todten geworben sein werden, wird kein einsichtsvoller Politiker bestreiten wollen.“

Ganz verworfen werden also die Neuconservativen vom Centrum nicht, sie müssen blos Orde pariren. Denjenigen, welchen das Geplänkel der „Germania“ den Gedanken erwecken sollte, daß die Reactionäre mit gouvernementaler Aprobation besser als die andern seien, öffnet die „P. Ztg.“ die Augen, welche mahnt: „Man lasse sich aber nicht täuschen! Die Neuconservativen sind nur die Vortruppen der Conservativen im Geiste der fünfziger Jahre, derselben, welche Preußen nach Olmütz gebracht haben und denen auch ein Gang nach Canossa nicht außerhalb der Discussion läge, falls sie durch einen solchen die Reaction auf staatlichem und insbesondere auch auf evangelisch-kirchlichem Gebiete erzielen könnten. Für die letzteren ebnen die Neuconservativen, mit und ohne Wissen, die Wege.“

Angeknüpft dieser inneren Situation ist es selbstverständlich, daß die liberale Presse die freisinnigen Elemente zu einem Zusammenschluß ihrer Kräfte ansporn. Das gesamte liberale Bürgerthum, sagt das „B. Ztg.“, muß in allen Provinzen zur Vertheidigung seiner religiösen Freiheit und der tiefsten Grundlagen bürgerlichen Friedens sich entschlossen und selbstgewiss an den Wahlstuhl drängen. Das gesamte gebildete Bürgerthum muß einmütig dafür streiten, — daß aus den Provinzen möglichst Niemand in den Landtag nach Berlin entsandt wird, der nicht entschlossen ist und verspricht, dort wider die drohenden Reactionstreben in Kirche und Schule für die liberale Gesetzgebung der letzten Jahre und den Kern der Falstaffschen Politik auf die Schanzen zu steigen!

Die Nachrichten aus Österreich bezeichnen mit Übereinstimmung als Nachfolger Andrassy's den derzeitigen Botschafter in Rom, Baron Haymerle. Ueber seine diplomatische Laufbahn bringt das „Wiener Ztg.“ nachfolgende Details:

Bor kaum zwölf Jahren erst wurde Baron Haymerle Gesandter in Athen, um bald darauf als Gesandter nach dem Haag zu gehen. Im Jahre 1876 bis 1877 fungierte Baron Haymerle eine Zeit lang als Sectionsschef im Ministerium des Äußeren, nachdem Baron Hofmann zum Reichs-Finanzminister ernannt worden war. Raum ein Jahr blieb Baron Haymerle in dieser Stellung, um im Jahre 1877 zum Botschafter in Rom ernannt zu werden. Von Rom aus wurde er als zweiter Bevollmächtigter Österreich-Ungarns auf den Berliner Congress entsendet, an dessen Arbeiten er lebhaft mitwirkte. Der Aufenthalt in Berlin war

für die Stellung des Baron Haymerle auch deshalb von Bedeutung, weil er Gelegenheit dazu bot, gewisse Zweifel zu beseitigen, welche in Bezug seiner Gefühlnisse gegenüber Deutschland in Berlin gehegt wurden. — Baron Haymerle ist in Wien geboren und hat in der orientalischen Akademie seine Studien absolviert. Er ist bürgerlicher Abstammung und wurde im Jahre 1867 in den Freiherrnstand erhoben. Haymerle steht jetzt im fünften Lebensjahr.

Die Begegnung Andrassy's mit dem Fürsten Bismarck hat gestern stattgefunden. Wie das „Wiener Fremden-Blatt“ erfährt, soll sich Fürst Bismarck gefaßt haben, er hoffe Zeit zu finden, um diesen Besuch in Wien zu erwarten.

Die Polemik der russischen Blätter gegen Deutschland nimmt immer größere Dimensionen an. Es verdient jedoch Beachtung, daß die dernünftig denkenden russischen Journale sich selbst diesem Treiben widersegen. So schreibt das „Journal de St. Petersb.“:

„Einige Organe unserer Presse zeichnen sich durch eine extreme Animosität sowohl gegen die nationalen Deutschen, als auch die deutschen Unterthanen Russlands aus. Sie glauben dabei sehr patriotisch zu verfahren. Wenn nun diese Handlungswweise schon auf dem Gebiete der äußeren Politik durchaus nicht als opportun erscheint, so ist sie auf dem Gebiete innerer Politik erst recht unbegreiflich; man sieht den Russen nicht ein, den das Aufstreben des Nationalhauses im Lande haben soll. Besiehen wir uns daher, zu constatiren, daß die intimen Auslassungen der in Russland stehenden Blätter keinen anderen Werth haben, als den ihnen subjektiv anhaftenden, und daß sie in keinem Fall das allgemeine Gefühl der Nation auf diese Weise zum Ausdruck bringen.“

Wie der „Independance Belge“ aus Rom gemeldet wird, hat Papst Leo XIII. in den letzten Tagen in Folge der ungewöhnlichen Lust in Frankreich einige Fieber-Anfälle gehabt. Er möchte gern dem Rathe seiner Aerzte folgen und auf einige Wochen nach Perugia ziehen, aber das Haupthindernis dagegen ist die auswärtige, beim päpstlichen Stuhle accreditedire Diplomatique. Der Papst möchte nämlich gern seinen Hofstaat in Rom zurücklassen, damit dadurch constatirt sei, daß er noch immer Gefangener sei und den Vatican nur als Individuum und nicht als Haupt der Kirche verlässe. Dazu wäre es aber nothwendig, daß die Vertreter der katholischen Mächte in Rom bleiben, um der Abreise Leo's XIII. jenen Privat-Charakter zu geben, wie er es will. Die beim Papste accreditedire Diplomaten haben sich darüber bei ihren Regierungen Raths erholt und die erhaltenen Instructionen waren den Anschaunungen Leo's XIII. vollkommen entgegen. Nur der französische Gesandte hat noch keine kategorische Instruction von seiner Regierung bekommen. Das Wiener und das Madrider Cabinet haben ihren Vertretern aufgetragen, dem Papste nachzufolgen, denn wo dieser sei, da sei auch das Papstthum, mit dem sie sich beständig in Verbindung zu halten hätten. Im Vatican ist jedoch das letzte Wort noch nicht darüber gesprochen, was der Papst thun wird, im Falle sich sein Zustand verschlimmern und eine Lustveränderung absolut nothwendig werden sollte. — Laut Nachrichten, welche direct aus Rom, und wie versichert wird, von „wohlunterrichteter Seite“ kommen, wären alle die Gerüchte von einer Erkrankung des Papstes unbegründet; der Papst befindet sich vollkommen wohl und trage nicht das geringste Verlangen nach einer Lustveränderung.

In Frankreich scheint es mit den Erklärungen der Generalräthe für die Ferry'schen Unterrichtsgesetzesvorlagen nicht so recht vorwärts zu wollen. Bis zum 26. d. M. hatten sich nämlich 28 Generalräthe, darunter 6 mit republikanischer Mehrheit, gegen die Ferry'schen Vorlagen und nur 19 für dieselben erklärt; 5 schlossen ihre Session, ohne sich in der Sache auszusprechen. Was im Uebrigen die im Volle herrschende Stimmung der beabsichtigten Unterrichtsreform gegenüber betrifft, so klagte der „Temps“ schon vor einiger Zeit, daß viele liberale Mitglieder der Generalräthe zwar für Erziehung der Congregationslehrer durch Laien seien, nicht aber für Erziehung der Nonnen durch Lehrerinnen. Diese Schau vor den Nonnen wurzelt in der Parteinahme der Chabaliens in dieser Frage. Der „Temps“ erblieb in dieser Unklarheit „ein Zeichen der Zeit“ neben vielen ähnlichen, daß ein Theil unserer Bourgeoisie seit 1848 an Klarheit des politischen Blides und an Festigkeit des Charakters Einbuße erlitten hat.“ Die „République Française“ kommt auf dieses Zeichen der Zeit zurück und findet die Bemerkungen des „Temps“ vollkommen begründet, nur passe es nicht bloß auf die Verehren der Nonnenschulen, sondern auf die ganze Masse der Gegner Ferry's: „Im Jahre 1850“, führt diesen Halbliberalen die „République“ zu Gemüthe, „äußerte in dem Ausschusse, der das Unterrichtsgesetz vorzubereiten hatte, Msgr. Dupanloup: „Dieses Gesetz wird in wenigen Jahren Frankreich eine andere Gestalt geben.“ Msgr. Dupanloup hat sich nicht geirrt. Es ist Zeit, dem Nebel abzuholzen. Desto schlimmer für diejenigen Liberalen, die das nicht einsehen. Heute sind sie noch Mithelfer, morgen werden sie die Geprägten sein.“ Die Schau vieler liberalen Mitglieder der Generalräthe, es mit den Mönchen und Nonnen zu verderben, zeigt sich mit jedem Tage mehr in der Aengstlichkeit, womit trocken der Ermahnungen der Minister und Führer der Art. 7 behandelt wird.

Die internationale Kunstaustellung in München.

VI.

Wie wir uns zur Betrachtung dessen wenden, was die deutsche Kunst im Genre zur Ausstellung gebracht, haben wir noch des Wenigen zu gedenken, was berufen ist, die religiöse Malerei zu vertreten.

Seitdem die Religion für einen Anachronismus gilt und den überwundenen Vorurtheilen vergangener Jahrhunderte beigekehrt wird, mit denen der fortgeschrittene Zeitgeist kurzen Prozeß zu machen habe; seitdem skeptische Glaubenslosigkeit und der sociale Materialismus auf der einen, zielstösser Eifer, blöder Überzeugung und selbstliche Intoleranz auf der anderen Seite zur Zersetzung des Christenthums geführt haben, das seinen Bekennern dem Geist und der Wahrheit nach vollständig abhanden gekommen zu sein scheint, weiß auch die Kunst nichts mehr mit der heiligen Historie anzufangen. Ihre Gestalten haben den Werth des idealen Lebens verloren und gehen scheinbar als entgötterte Schemen durch die altägliche Welt, besorgt, im Nebel der grauen Abstraction zu zerquirlen. Soll der Künstler etwas darstellen, daran er nicht glaubt, oder sich herablassen, seine Kunst durch einen Compromiß mit den negativen Bestrebungen antitheologischer Wissenschaften zu compromittieren? Soll er sich an dogmatischer Unduldsamkeit begeistern oder den abgeschmackten Neigungen der übergläubischen Masse huldigen, vielleicht durch eine monumentale Bekräftigung des modernen Wunderschwindels? Er weiß, daß die Ironie ihm über die Schulter blickt und sein Werk durch ein Pincenez anblinzelt! Und wäre er ein Moses, der aus sproßendem Felsengestein Quellen lebendigen Wassers her vorlockte und unter Donner und Blitz ein neues göttliches Gesetz vom Himmel zur Erde brachte — der süße Pöbel freut sich seiner Affenähnlichkeit, berauscht sich an der Narzose der sinnlichen Lust, tanzt um das goldene Kalb und fragt nach Mosen und den Propheten nichts.

Freuen wir uns, wenn bei diesem allgemeinen Jammer hier und da noch einer den Mut hat, der Inspiration seines Innern zu folgen und seine Seele von einem erhabenen Gedanken ausfüllen zu lassen. B. Pöhlheim's „sterbender Christus“ darf als die Incarnation eines solchen bezeichnet werden. Weder vom übeltrechenden Realismus des Seelrbodens, noch aus der weisrauchdustenden Romantik Overbeck'scher und Führich'scher Nazarener hat der Künstler sein Werk hergeleitet, dasselbe beinhaltet sich vielmehr als die freie und selbständige Schöpfung eines Künstlergeistes, der seine eigenen Bahnen wandelt. Von Reminiszenzen ist dabei gar keine Rede: so

die Legitimisten zählen auf diese Schau der Bourgeoisie vor der Geistlichkeit so fest, daß sie darauf ihre Restaurationsreformen bauen. Sie meinen: man verhalte sich ruhig und lasse dem Clerus nur Zeit, so wird die Stunde der Vorsehung schon schlagen, wo die Republik zusammenbricht und die Demokratie Platz greift.

Sehr große Aufmerksamkeit erregt jetzt wieder der Prinz Jerome Napoleon. Mögen die vom „Figaro“ mitgetheilten Neuerscheinungen nun wirklich von dem Prinzen gethan sein oder nicht, jedenfalls meint man, daß die „France“ nicht ganz Unrecht haben dürfte, wenn sie den Republikanern räth, den rothen Prinzen etwas ernsthafter zu nehmen, als sie es bisher gethan haben. Die „France“ ist ganz im Gegenzug zu der allgemein herrschenden Meinung der Ansicht, der frühzeitige Tod des Prinzen Louis Napoleon sei für die Sache des Imperialismus kein Schlag, sondern eher ein Vortheil gewesen. „Dem Verstorbenen“, sagt sie, „waren seine Jugend, seine Unerschrockenheit, seine reactionäre Erziehung, seine clericalen Tendenzen und vor allen Dingen die Verantwortlichkeit, die bis zu ihm heraufstieg, für die jeden Tag wiederholten Drohungen einer allgemeineren Deportirung der Republikaner nachtheilig. Dem Prinzen Jerome Napoleon kann man weder seine Jugend, noch seine Unerschrockenheit, seine reactionäre Erziehung, seine clericalen Tendenzen vorwerfen; mit ihm, dem erklärten Gegner des 2. Dezember, ist eine Deportation der Republikaner und die Einsetzung von gesuchten Commissionen nicht im geringsten zu befürchten. Die Republikaner müssen umso mehr diese Situation sorgfältig überlegen, da Prinz Jerome Napoleon ihnen keine schwache Seite darbieten wird.“ Die „France“ über schaft, wie die „N. Fr. Pr.“ hierzu sehr richtig bemerkt, Plon-Plon und seine Bedeutung; aber es läßt sich nicht leugnen, daß der Prinz weniger harmlos und ungefährlich ist, als die republikanische Partei voraussetzt.

In England hat die Conferenz, welche im „Westminster Democratic Club“ betreffs Vereinigung der politisch-radicalen Arbeiterclubs und Arbeitervereine Londons tagte, vor kurzem ihre Arbeiten zum Abschluß gebracht. Die meisten Londoner Arbeitervereine waren vertreten und allgemein erkannte man die Nothwendigkeit des gemeinschaftlichen Handelns in sozialen und politischen Fragen an, die das Interesse des Arbeiterstandes berührten. Einstimig wurde auch beschlossen, einen Central-Verbandsrath zu bilden, der nur zusammengesetzt ist aus Delegirten von Arbeiter-Vereinen und Arbeiterverbänden. Dieses Central-Comitee hat die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der vertretenen Vereine zu wahren und nicht das Recht, sich in die inneren bestehenden geschäftlichen Verwaltungsdangelegenheiten zu mischen. Als Grundlage zu gemeinschaftlichen Handeln dient ihm folgendes Programm, welches nach sehr reicher Erörterung einstimmig angenommen wurde: 1) die Aufgabe des Centralcomites der vereinigten Arbeiter-Clubs ist die Anbahnung eines freien Staates mit gleichen sozialen und politischen Rechten, sowie gleichen Vortheilen für Alle; 2) allgemeines Wahlrecht für Erwachsene; 3) obligatorische, unentgeltliche, confessionslose und industrielle Schulbildung; 4) Nationalisierung des Landes; 5) dreijährige Parlamente mit Diätenzahlung; 6) Abschaffung der Wucherfreiheit.

Über die Aufnahme, welche die im heutigen Mittagblatte mitgetheilte, vom Könige von Belgien in Tournai gehaltene Rede im Lande selbst gefunden hat, spricht sich eine Brüsseler Correspondenz der „R. B.“ vom 25. d. wie folgt, aus:

Gewiß ist die gestrige Rede des Königs ein Wahrspruch gegen alle die schlechten Bürger, welche das nächstjährige Landesfest ungefeiert lassen wollen, gegen die clericale Presse, welche die patriotische Vereinigung aller Parteien zu hinterziehen sucht, und gegen die Führer der Geistlichkeit, welche, wie der Bischof von Namur, jede Beteiligung an dem Jubiläum als einen Vertraß an der Kirche bezeichnen. Alle diese Leute, die mehr römisch als belgisch sind, werden sich nicht beugen vor dem Zadel des Souveräns, sondern in ihm Gross bebarren, wie denn z. B. das „Bien Public“ die Freiheit hat, die wahrhaft königliche Rede mit der Benennung zu bejubeln, sie steht „zu dem Kriegs- und Unglücksgebet“, das Se. Majestät jüngst unterzeichnet, in erstaunlichem Widerspruch, und hätte übrigens einen großen Einfluß machen müssen, da sie gehalten worden „im Beisein (en face) des großen Gouverneurs vom Hennegan (de Kerckhove de Denterghem), Nachfolger des abgesetzten (clericalen) Fürsten von Caraman, im Beisein des V. F. (Freimaurers, venerable frère) Vanhumbeek, des Todengräbers des Katholizismus, im Beisein endlich des V. F. Bara, welcher das gerade Gegenteil von „Edelinn, Mäßigung und Vorstich“ darstellt.“ Aber das Volk in seiner ungeheuren Mehrzahl wird solche fanatische Gehässigkeiten mit der Verachtung strafen, die ihnen gebührt.

Den neuesten Meldungen aus Amerika zufolge, ist in San Francisco die Ruhe nicht weiter gesichert worden. Die Stadt, sagt ein von dort abgesandtes Telegramm vom 25. d., fährt fort, ihre Ruhe zu bewahren. Das Befinden des Herrn Kellogg hat sich gebessert. In einer gestern abgehaltenen Arbeiter-Versammlung erhielt Mr. Kearny den Anwesenden den Rath, das Ergebnis der Wahl abzuwarten, bei welcher Gelegenheit dem Herrn de Young Gerechtigkeit erzeugt werden würde.

In hohem Grade bemerkenswerth sind die Mitteilungen, welche in

jüngster Zeit aus Amerika in Betreff der dort herrschenden Intoleranz gegen die Bekennner der moaischen Religion gemacht worden sind. Interessant aber ist es namentlich, daß es gerade die „Neue Presse“ ist, der man aus New-York unter dem 6. d. M. folgendes schrieb: „Während hier jeder Neger, sobald er nur die dazu nötigen Geldmittel besitzt, den Schutz der Geseze anruft kann, wenn man ihm den Einstieg in ein Hotel oder auf die ersten Plätze in einem öffentlichen Unterhaltungslocal oder auf einem Dampfschiff verweigert, ist es im Staate New-York schon mehrmals geschehen, daß einzelne Hotelbesitzer selbst gebildeten und reichen Juden den Zutritt verweigerten. So ließ der Administrator der Hinterlassenschaft des Millionärs Steward vor zwei Jahren aus dem Grand-Union Hotel in Saratoga alle jüdischen Gäste ausweisen, und jetzt hat der Präsident der Compagnie, welcher das Manhattan-Beach-Hotel auf Coney Island, dem Seebadeplatze New-Yorks, gehört, dieses Beispiel nachgeahmt und mit duren Worten erklärt, daß darin kein Jude auf Aufnahme rechnen kann.“

Deutschland.

= Berlin, 27. August. [Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken und Haushaltshandel durch Kinder. — Viehseuchengesetz. — Normalbedingungen für Secundär-Bahnen.] Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken ist bekanntlich in neuerer Zeit wiederholt Gegenstand eifriger Berathungen und auch gesetzlicher Anordnungen gewesen. Man will nun nach dieser Richtung hin weiter vorgehen und ist entschlossen, namentlich dem Haushaltshandel durch Kinder nicht nur durch Polizei-Verordnungen, sondern auf gesetzlichem Wege ein Ende zu machen. Erhebungen, welche zum Theil früher, zum Theil in neuester Zeit vorgenommen worden, haben das Vorhandensein unglaublicher Missstände, namentlich in den grossen Städten ergeben. In Berlin ist bekanntlich Magistrat und Polizeibehörde jetzt damit beschäftigt, eine Verordnung gegen den Straßenhandel durch Kinder unter 14 Jahren zu erlassen. Wir hören, daß dieselbe in Kürze erscheinen und jedenfalls als Verbote einer weiteren gesetzlichen Maßregel anzusehen sein wird. — Das Viehseuchengesetz dürfte einen der ersten Gegenstände bilden, womit der Reichstag in seiner nächsten Session beschäftigt werden möchte. Das Gesetz war bereits beantragt, als der Reichskanzler seine nochmalige Prüfung durch eine besondere Commission von Sachverständigen ordnete. Auch hier hat indessen der Entwurf keine Veränderung erfahren, sondern ist vielmehr mit sehr umfassenden Ausführungsbestimmungen versehen worden. Die dringenden Geschäfte, welche der Reichstag zu erledigen hatte, machten es indessen unmöglich, die Angelegenheit noch zum Abschluß zu bringen; es ist das um so bedauerlicher, als das Bedürfnis nach einer reichsgelehrten Regelung der Frage namentlich in Süddeutschland (Preußen ist bekanntlich mit einem Viehseuchengesetz versehen, welches die Grundlage des Reichsgesetzes gebildet hat), so daß man in Württemberg und Baiern schon daran gedacht hat, auf dem Wege der Landesgesetzgebung vorzugehen, doch ist man jetzt Angesichts der Lage der Dinge davon zurückgekommen. Die praktische Durchführbarkeit des Gesetzes gegen die Verfälschung von Nahrungsmitteln &c. erheischt eine Anzahl eingehender Ausführungsbestimmungen. Dieselben erfordern sehr umfangreiche Arbeiten, mit welchen man im Reichsgefundheitsamt augenblicklich besaß ist. — Der Erlass von Normalbedingungen für die Erwerbung von Concessions zu Secundärbahnen wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Im Großen und Ganzen dürfte der Inhalt den bis jetzt darüber gemachten Angaben entsprechen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, welche den Concessionshaber verpflichtet, nach Befinden des Ministers für die öffentlichen Arbeiten den Betrieb seiner Bahn der Verwaltung einer anschließenden Bahn gegen eine jährliche Rente, welche der Durchschnitts-Reinettnahme der letzten 5 Jahre entspricht und mindestens $4\frac{1}{2}$ p.C. ihrer Capitalsanlage beträgt. Eine derartige Verschmelzung von Secundärbahnen mit vorhandenen Eisenbahnlinien soll in jedem Falle durch den Nachweis vorhandener allgemeiner Verkehrsinteressen begründet werden.

□ Berlin, 27. August. [Candidatenmangel. — Gebäude-Steuer. — Neue Schiedsmanns-Bezirke.] Der Kreis der Candidaten für die diesjährigen Landtagswahlen in Preußen verringert sich schon deshalb nicht unwesentlich, weil viele juristische Beamte theils aus Rücksichten auf ihren neuen Wirkungskreis, mit dem sie sich erst vom 1. October ab vertraut machen sollen, theils in Anbetracht ihrer eigenen Vorbildung in den neuen Gerichtsverfassungs- und Procedur-Gesetzen, die doch immer eine längere Praxis verlangt, nicht in der Lage zu sein erklären, ein Mandat für die nächste Legislaturperiode anzunehmen. Der Ausfall trifft ganz

wenig die am Kreuz schwelende Figur des Erlösers dem herkömmlichen Typus entspricht, so wenig schließt sich die übrige Darstellung an die gewohnte Tradition an. Dieser Christus ist nicht der Galliläer Jesus von Nazareth, den die Juden in Gemeinschaft zweier armer Sünder vor achthundert Jahren zu Jerusalem gekreuzigt; er ist der gottgesandte Genius der Menschheit, welcher seine Überzeugung mit dem Tode bestiegelt und für die Idee seines Wesens das bitterste Martyrium erduldet. Auf seiner sonstgewölbten Stirne, die keine sichtbare Stachelkrone trägt, wohnen die dornigen Gedanken des Philosophen, und aus seinen tiefliegenden, qualvoll emporgerichteten Augen spricht das Leid einer Welt, das immer war und immer sein wird, so lange noch Lebendiges in ihr atmet. Nur das Mitleiden kann vom Leid erlösen, und nur der Genius, als der höchste Inbegriff alles Mitleidens, kann den Tod überwinden. Er wird sich durch die schmerzlichen Erfahrungen, die er an den Menschen machen mußte, in seinem ErlösungsWerke nicht beirren lassen. Sie wissen nicht, was sie ihm und werden ihre Helden und Heiligen immer ans Kreuz schlagen, um sie nachher anzubeten. Aber was die Menschen verbrechen, — die Menschheit macht es wieder gut, und mit dem Glauben an sie lebt der Glaube an das Göttliche fort. — Ein Engel des Herrn schwingt mit den Strahlen der verstrahlenden Sonne sich vom Himmel hernieder und küsst dem sterbenden Dulder die letzten Erdentränen von Augen und Wangen; das über Golgatha lagernde Gewölke zerheilt sich und will das Kreuz vom Boden ablösen; höher und höher wächst es hinauf in den geöffneten Himmel, von der goldenen Glorie der Unsterblichkeit überstrahlt; des Lebens düsterer Traum versinkt, Welt und Tod sind überwunden und die ausbreiteten Arme des Verklärten machen sich von den Banden des Kreuzes frei, um alle Trauernden und Beladenen ans Herz zu schließen.

Vom Erhabenen zum Lächerlichen, von Pöhlheim's „Moritur in Deo“ zu H. Thoma's (Frankfurt a. M.) heiliger Familie auf der Flucht nach Egypten ist nur ein Schritt. Wäre nicht ein schwindsüchtiger Engel auf dem Bilde, dessen Fleidermäuse die Mausierung schlecht überstanden haben, so könnte man glauben, eine zum Jahrmarkt ziehende Trödlergesellschaft vor sich zu sehen. Die heilige Maria ist von einer Zwiebelbäcklein schwer zu unterscheiden, und der heilige Joseph schaut direkt aus dem Hofbräuhaus geguckt. Nur der mit Schmuckelblumen verzierte Esel wäre vermöge seines frommen Gesichtsausdrucks eines Heiligenheines nicht unwürdig. Da die Reisen-

den leider höchst ungünstiges Wetter haben, wundert man sich, daß ihnen Thoma keinen rothen oder blauen baumwollenen Regenschirm mitgegeben. Er hätte noch einen neuen effectuellen Farbenkontrast mit diesem allerdings etwas profanen und späten Culturwerkzeuge her vorbringen können.

Warum es die Jury für gut befunden, mit vier Bildern dieses Ritters von der traurigen Farbe die Spottlust der Fremden herauszufordern, bleibt eines der vielen Rätsel, welche auch dem den obwaltenden Verhältnissen fernstehenden mancherlei zu denken geben. Schon früher haben wir für einen von dem Ausstellungskomitee un würdig behandelten Künstler eine Liane gebrochen und konnten dies um so eher tun, als es galt, das Andenken eines befreundeten Todten, des Landschaftsmalers Bernhard Fries, gegen Unbill und Ungerechtigkeit in Schutz zu nehmen. Unsere Stimme ist nicht ungehört verhallt und die Verwaltung der königlichen Gemäldesammlungen hat der trauernden Familie dadurch die glänzendste Revanche gegeben, daß sie die refusirten Bilder für die neue Pinakothek anzukaufen beschlossen hat.

Wenn wir heute einem Lebenden das Wort reden, so glauben wir unsere Sympathie eben so wenig verdächtig zu machen, da wir nur ein Exempel statuiren und den einen Fall für viele sprechen lassen wollen.

Der Historienmaler R. Pichler, ein hochbegabter und angesehener Künstler, welcher dem Cliquenwesen der Münchener Schulen jederzeit fern geblieben, hatte drei Bilder zur Ausstellung eingereicht, zwei kleinere Ölgemälde, die im Münchener Kunstverein günstig beurtheilt worden waren, und einen großen figurenreichen, in brauner Delffarbe ausgeführten Carton: „Der Tod Jacob's“, der auf der vorigen Pariser Weltausstellung Aufsehen gemacht hat. Er erhielt die Nachricht, daß man die kleinen Bilder acceptirt habe; und als er im Interesse seiner Kunst den Wunsch äußerte, lieber an Stelle der angenommenen Werke den Carton auszustellen, schrieb man ihm, daß nun mehr von den beiden Gemäldebildern abgesehen werden sollte.

Über das Schicksal seines Cartons verlautete nichts, und Pichler mußte glauben, daß seine Wünsche Gehör gefunden hätten. Erst drei Tage vor Eröffnung der Ausstellung, als er sich seine Freikarte holte wollte, erfuhr er, wie grausam er sich getäuscht hatte. Ein Comité-Mitglied sagte ihm kurz und blödig, daß alle seine Werke refusirt waren. Vom Schlag getroffen, der Sprache verlust und halbseitig

vorzungswise die liberale Partei, die ja oft genug von den Gegnern die „Partei der Kreisrichter“ genannt worden ist, selbst wenn hauptsächlich Obertribunalräthe und sonstige hochgestellte Richter den ehrenwerten Stand der Kreisrichter in den parlamentarischen Versammlungen vertraten. — Wie aus anscheinend unrichtiger Quelle verlautet, ist der neue Finanzminister Blücher bei den Vorarbeiten zur Aufführung des Staatshaushalts-Etats pro 1880/81 zu der Überzeugung gekommen, daß es noch nicht angehe, bei den Voranschlägen auf die Errägnisse der neuen Zölle irgend welche Rücksicht zu nehmen, oder gar Nachlässe an direkten Steuern ins Auge zu fassen. Unter diesen Umständen verspricht auch die so berechtigte Agitation vieler preußischer Städte, welche die Übertragung der Gebäudesteuer auf die Communen verlangen, nur sehr wenig Erfolg. Lebriens häufen sich die Reclamationen wegen einer zu hohen Veranlagung in Folge der neuen Revision der Gebäudesteuer immer mehr und werden wahrscheinlich bei den demnächstigen Landtagsverhandlungen einen recht lebhaften Wiederhall finden. — Aus den neuen Provinzen, die bisher das Schiedsmanns-Institut nicht kannten, wird darüber Klage geführt, daß in einzelnen Kreisen mehrfach die Landgemeinden zu Schiedsmannsbezirken kombiniert worden sind. Die unterm 11. August publicierte Verfügung des Justizministers zur Ausführung der Schiedsmannsordnung befagt über die Bildung der Bezirke im Wesentlichen das Folgende: „Das Zusammensetzen der Grenzen der Schiedsmannsbezirke mit den Grenzen der Amtsgerichtsbezirke ist im Gesetze selbst nicht vorgeschrieben. Die maßgebenden Gründe für die Bildung der Schiedsmannsbezirke, insbesondere für die Zusammenlegung mehrerer Landgemeinden resp. Gutsbezirke, werden hauptsächlich in der Größe der Einzelgemeinden und der Befähigung von Eingesessenen derselben zur Übernahme des Amtes zu suchen sein, und es erscheint für die erfolgreiche Entwicklung des ganzen Instituts sogar von Werth, daß die wirklich maßgebenden Gesichtspunkte von anderen Erwägungsgründen untergeordneter Art nicht beeinflußt werden.“ Danach ist also der Minister der Ansicht, daß die Zusammenlegung mehrerer Gemeinden zu einem Schiedsmannsbezirk keineswegs ausgeschlossen sei. Ob da nun überall das richtige Maß gehalten ist, mag freilich fraglich erscheinen.

Berlin, 28. Aug. [Ein Gedenktag.] Das deutsche Kaiserhaus der Hohenzollern feiert morgen, Freitag, den 29. August, einen Gedenktag ersten Ranges. Zweihundert Jahre sind vergangen, daß Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst, den Frieden von St. Germain en Laye ratifizierte und in erbittertester Stimmung nach dem Zeugniß seiner Zeitgenossen die Feder mit den Worten zerbrach: „Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor — Möge dereinst aus meinen Gebeinen ein Rächer ersterne!“ Ludwig XIV., König von Frankreich, hatte, wie allbekannt, dem Großen Kurfürsten, der im Elß für die deutsche Sache stach, die Schweden ins Land gehetzt. Nach raschem Ritt vom Rhein zum Rhin gewann der schneidige Kriegsheld die Reiterschlacht bei Fehrbellin, eine Kriegsblüte, „die aus Sturm und Feuer gewirkt war,“ und säuberte seine Erblande vom Feinde. Bald fielen Wollin, Swinemünde und Wolgast; die junge brandenburgische Flotte ermarkt sich ihre ersten Lorbeeren. Am 6. Januar 1678 hielt der Große Kurfürst seinen Einzug in das eroberte Stettin, die wichtigste Besitzung der Schweden auf deutschem Boden; Rügen, Greifswald, Stralsund erlagen bald darauf brandenburgischer Tapferkeit. Während so der junge Kurfürst seine Schwingen regte, erlag die gute Sache des Großen Kurfürsten, die im besten Sinne des Wortes eine deutsche war, auf dem diplomatischen Felde. Alle Bundesgenossen ließen den tapferen Hohenzollern im Stiche. Die entscheidenden Friedensschlüsse von Nimwegen erfolgten; die Niederlande und Spanien gingen schon im Herbst 1678 voran; bald darauf, im Februar 1679, schloß der Kaiser für sich und das Reich den Frieden mit Frankreich und Schweden ab auf der Basis des Westfälischen Friedens, das will heißen auf der Basis der Wiederherstellung Schwedens in den vollen Besitz seiner deutschen Lande. Den Franzosen wurde der Durchmarsch durch das Reich freigegeben, um nöthigenfalls den Frieden im Norden zu erzwingen, d. h. Brandenburg, wenn es sich sträubte, mit Gewalt zu Boden zu werfen. Bis auf das letzte Dorf hatte Friedrich Wilhelm den Schweden Pommern in gerechtem Kriege entzissen und nun sollte er es ihnen zum zweiten Male übergeben, den auf allen Schlachtfeldern besiegt, nur weil ein gebietssicherer Wille von Versailles her es so gebot und weil alle Genossen des Kampfes ihn schmachvoll im Stiche ließen. Bis zum letzten Augenblicke harrte der Große Kurfürst aus, um wenigstens Stettin zu retten. Endlich, als die Franzosen schon vor Minden standen, beugte sich der gewaltige Mann vor dem französischen König; er mußte Pommern, das ihm durch unanfechtbare Erbverträge zugesichert war, das er zweimal an der Spitze

gelähmt, brach der Aermste zusammen und wurde, da man sich eine Scene ersparen wollte, ohne Weiteres zur Thür hinaus befördert, wo eine mitleidige Seele ihm in den Wagen half. Nach vierzehntägigem Krankenlager ist Pichler erst wieder soweit hergestellt gewesen, um in ein Bad reisen zu können.

Sein Carton hat im Gebäude der permanenten Local-Ausstellung vis-à-vis von der Glyptothek Platz gefunden und gibt eine bemerkenswerthe Illustration ab für die Art, wie heutzutage Collegialität und Gerechtigkeit geführt wird.

„Der Tod Jacob's“ würde zu den wenigen monumentalen Versuchen der Ausstellung gehört haben, die eine unparteiische Kritik als hoffnungs- und bedeutungsvoll anerkennen müßte; und wir würden hundert talentlose und gedankenarme Nachwuchs für dieses eine Bild gern hingegaben haben, wenn es der „Hängecommission“ etwa an Platz gesetzt hätte.

Als vermittelnden Übergang zum Genrebilde nennen wir die bekannte und oft beschriebene „Kindesmörderin“ von Gabriel Max (München). Von den vielen Trauerscenen, welche die melancholische Phantasie dieses Künstlers in die Welt gesetzt hat, ist seine „Kindesmörderin“ wohl die ergreifendste, zugleich aber auch die unversöhnlteste, welche den Beschauer mit dissonanten Empfindungen entlädt. Wohl adelt der mütterliche Schmerz die Verbrecherin und hebt sie zur tragischen Gestalt empor; da uns aber die Motive der grausigen That verborgen bleiben, und auch kein Blick in die Zukunft der Mörderin uns erschlossen wird, der das gestörte Gleichgewicht des Gefühls wieder herstellen könnte, so gehen wir unbefriedigt davon.

In derselben Missstimmung entläßt uns das mit gewaltiger technischer Kraft vollendete Bild von A. Struys (Weimar): „Verführt“ — eine hochdramatische Scene aus einem bürgerlichen Trauerspiel à la Friedrich Hebbel und Otto Ludwig. Mit wahrhaft erschreckender Natürlichkeit sind die Wuth des empörten Vaters, eines ehrlichen Handwerkers, die Verzweiflung seines ihm in die Arme fallenden Weibes und die demuthige Zerknirschung der in der Thür stehenden neuwollen Tochter dargestellt. Über die Grazen sind ausgeblieben oder haben dem gemeinen Realismus das Feld geräumt. Struys hat sich durch dieses Werk zum Hauptvertreter jener tendenziösen sozialen Richtung in der Malerei gemacht, die von Frankreich und England aus bei uns importirt worden ist. Der Reiz des Neuen und Packenden liegt hier noch zu sehr vor, als daß man über die

seiner reisigen Schaaren mit der Schärfe des Schwertes errungen, den Schweden wieder ausliefern. Am 29. Juni 1679 unterzeichnete in St. Germain der brandenburgische Geheime Rath Meinders den Friedenstractat, am 29. August ratifizierte ihn Friedrich Wilhelm im Stadtschlosse zu Potsdam und sprach in hellem Ton über das harte Geschick den Vater, welchen Virgil der Dido in den Mund legt: „Möge dereinst aus meinen Gebeinen ein Rächer ersterne!“ Zum Text der Friedenspredigt aber bestimmte der in seinen innersten patriotischen Gefühlen tödlich beleidigte Herrscher das fromme Wort des Psalms (118, 8): „Es ist gut auf den Herrn vertrauen und sich nicht verlassen auf Menschen!“ Wenn je ein Mann ein prophetisches Seherwort gesprochen, so in diesem Falle Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst. Das Schicksal hat ihm gegenüber mit einer glänzenden Genugthuung nicht gekargt, — wir denken an König Friedrich und Kaiser Wilhelm! Eine dankbare Nachwelt ehrt und feiert das Andenken des Großen Kurfürsten. Wenn dem Gedächtniß an sein Heldenthum am nahenden Sedantage auf der Stätte seines kriegerischen Ruhmes, dem Schlachtfeld von Fehrbellin, ein Denkmal feierlich geweiht wird, so wollen wir uns am morgenden Tage des mutigen Hohenzollerns freuen, der auch in der schwersten Stunde seines vielgeprägten Lebens nicht den Glauben an die glänzende Zukunft seines Hauses, den Glauben an sein und seines Volkes Recht verloren hat. Tief ergriffen von den wunderbaren Wandlungen und Tugenden der Geschichte begrüßt das deutsche Herz, das die Schlachten von Königgrätz und Sedan erlebt und in einem Hohenzollern-Kaiser den hochehrwürdigen Ausdruck erneuter Reichsherrlichkeit verehrt, den morgenden Tag, an dem es wie Geisterlinge durch das brandenburgisch-preußische Land tönen wird: Heil Dir, Großer Kurfürst, Du bist gerächt!

[Eine Depesche des Kaisers.] Am 18. d. Mis. feierte das St. Petersburger Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm III. im Lager bei Warschau sein Regimentsfest. Kaiser Wilhelm, Chef des Regiments, antwortete auf ein an ihn gerichtetes Telegramm:

„Ich danke für Ihre Depesche und, indem Ich dem tapfern Regiment Friedrich Wilhelm III. Glad wünsche, halte Ich es stets für eine Ehre, der Nachfolger meines königlichen Vaters rubrümischen Andenkens zu sein und Chef dieses Regiments zu heißen. Wilhelm, Feldmarschall.“

[Die nationalliberale Partei und die zweijährige Budgetperiode.] Die „N.-L. C.“ schreibt: Man traut seinen Augen kaum, wenn man die gänzlich aus der Luft gegriffene Nachricht der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ von dem Beschlüsse wegen Aufnahme einer Befürwortung der zweijährigen Budgetperiode in den Wahlaufruf der nationalliberalen Partei in der gesammten deutschen Presse als telegraphische Neuigkeit wiedergegeben findet. Ob die „N. L. C.“ sich lediglich hat mythisieren lassen, muß einstweilen dahingestellt bleiben; die Verbreitung der Nachricht durch ein mehr oder weniger officielle Telegraphenbureau ist jedenfalls geeignet, den Verdacht, daß es sich hier um einen unerhörten dreifachen Coup handelt habe, eher nahezulegen, als ihn auszuschließen. Wie dem aber auch sei — für Jeden, der über den Plan der zweijährigen Budgetperiode überhaupt ernsthaft nachgedacht hat, konnte die Unwahrheit der Meldung nicht zweifelhaft sein. Uns ist schlechterdings unentbar, daß ein politisch denkender Liberaler in dem Verlassen der einjährigen Budgetperiode etwas Anderes als die schwerste Schädigung eines der wirtschaftlichen Rechte des Volksvertretung erbliden könnte. Die Regierungskugane freilich stellen die Massregel als überaus harmlos dar; ja, der Wahlaufruf der neuconservativen Partei verfügt uns sogar, daß sie nicht allein keine Schädigung, sondern vielmehr eine Stärkung des Ansehens und der Bedeutung der Parlamente zur Folge haben würde. Eine einfache Betrachtung des Werthes der alljährlichen Feststellung des Staatshaushaltsetsatzes muß aber vom Gegenteil überzeugen. Worin kann dieser Werth für die Volksvertretung zunächst anders liegen als in der möglichst großen Genauigkeit der Bemessung der Einnahmen und Ausgaben? Nun fragen wir: wie will man die Bedürfnisse eines großen Staatswesens bis in die einzelnen Staatspositionen hinein auf Jahre hinaus auch nur annähernd genau veranlagt können? Und mehr noch: wie will man mit Sicherheit die Höhe der Einnahmen auf so lange im Voraus berechnen? Bleiben wir, was das letztere anlangt, beim Staate Preußen! Die preußischen Staatsentnahmen seien sich zum großen Theil aus den Ergebnissen des sog. Betriebsverwaltungen zusammen. Wer will sich nun vermessen, im Jahre 1879 zuberstes vorherzusagen, wie sich im Jahre 1881 die Holzpreise, die Kohlenpreise, wie sich die Erträge der Staatsbahnen stellen werden? Dazu kommt in Zukunft der auf Preußen entfallende Anteil an dem, was das Reich aus dem Ergebniß der Zölle und Verbrauchsteuern an die Einzelstaaten abzuliefern hat. Es ist hinreichend bekannt, wie in Betreff aller dieser Einnahmen eine plötzlich veränderte Conjuratur selbst auf ganz kurze Zeit angestellte Vorausberechnungen zu Schanden macht; was soll man da erst von einem auf Jahre hinaus bemessenen Etat sag? Nicht viel anders steht es hinsichtlich der Ausgaben. Die dauernden Bedürfnisse der Verwaltung freilich wird man auf längere Zeit mit ziemlicher Sicherheit übersehen können, leineswegs aber die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben. Man müßte von vornherein darauf gesetzt sein, daß eine nach solchen Staats geleitete Finanzverwaltung ebenso gut mit einer Unterbilanz wie mit einer Überbilanz von Dutzenden von Millionen abschließen könnte. Welchen Werth aber will man alsdann dem Budgetrechte der Volksvertretung überhaupt noch beimessen? Ist bei solcher Finanzwirtschaft eine vernünftige Sparfamilie überhaupt möglich? Die Verneinung dieser Frage ist so selbstverständlich, daß man, wir wiederholen es, schlechterdings nicht begreift, wie jemand, der es mit der Ein-

wirkung der Volksvertretung in der Richtung einer die Steuerkraft des Volkes möglichst schon enden. Beweisung der Staatsausgaben wirklich ernst nimmt, verbaute auf den Gedanke einer Verlängerung der Budgetperiode kommen könnte. Allerdings, dieser Gedanke ist nicht neu in Preußen. Wiederholte fünfziger Jahre wurden seitens der I. Kammer (später des Herrenhauses) wiederholte Berichte gemacht, daß verfassungsmäßige Recht jährlicher Finanzperioden zu befeitigen, aber auch nur in der Weise, daß der Ausgabeetat in einem ordentlichen und einen außerordentlichen geheilte werde, von welchem dann der erste auf drei Jahre und nur der letztere alljährlich festzuhalten wäre. Die Regierung ist gegenwärt in der Zeit der rückichtslosen Reaction, auf diese Verlösungen nicht eingegangen. Erst mehr als zwei Jahrzehnte später sollte von dieser Stelle ein Project ausgehen, welches die Heilsprobe der weiland I. Kammer in Schatten stellt. Und die Gründe dafür? Wir haben noch nichts Anderes gehört, als den Hinweis auf die Verlängerung der parlamentarischen Arbeiten, welche durch den eingerissenen Missbrauch in der Vorbringung von Beschwerden und Wünschen bei der Budgetberatung verurteilt werde. Wir geben die Thatache dieses, zum weitaus größten Theile durch das endlose Dauerführen des Centrums verschuldeten Missbrauchs zu, aber um deswillen die verfassungsmäßige Institution der einjährigen Budgetperiode selbst aus der Welt schaffen zu wollen, erinnert denn doch — wie ein Humorist etwas derb aber zutreffend bemerkt — allzufroh an jenen schwäbischen Bauer, der sein Haß ansteckte, um die Wanzen daraus zu vertreiben. Obendrain würde der Missbrauch durch das Mittel, die Budgetdebatte nur alle zwei Jahre vornehmen zu lassen, gar nicht eingeschränkt werden; denn es ist vorzuziehen, daß die betreffenden Beschwerden u. s. w. sich alsdann an die Rechnungslegung, zu welcher die Regierung verpflichtet ist, anknüpfen oder sich in selbstständigen Anträgen, Interpellationen und Petitionen Lust machen würden. Will man die Abstellung des Missbrauchs durchaus auf dem Wege des zeitweiligen Mundtotmachens erreichen, so wird man es nicht anders können, als durch eine Verfassungsbestimmung, nach welcher das Parlament (sei es Reichstag, sei es Landtag) nur alle zwei Jahre berufen werden dürfte. Das mag auch der eigentliche Plan sein. Und in der That, wenn man das Parlament als ein nothwendiges Uebel betrachtet, welches, weil man es nicht ganz beseitigen kann, wenigstens möglichst unschädlich gemacht werden muß, so ist ein solches Vorgeben begreiflich. Eben darum aber kann es im Rahmen einer liberalen Staatsanschauung schlechterdings keinen Platz finden.

[Der Wahlaufruf der Deutsch-Conservativen.] Der Ausschuß des Wahlvereins der deutschen Conservativen hat an die preußischen Mitglieder des Wahlvereins nachstehende Aufforderung ergehen lassen:

„Die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind für die nächste Zukunft unseres Vaterlandes von hoher Bedeutung. Schwere Aufgaben sind auf dem Gebiet der Schule — des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zu lösen.“

Es gilt Männer zu wählen, die ein rechtes Verständniß für die Stellung der Kirche im Staat und im Volksleben, für die Aufgabe der Kirche haben, — die vor allem berufen ist, den zerstörenden Wirkungen des nackten egoistischen entgegen zu treten.

Es gilt, der Kirche die rechte Stellung in der Schule anzusegnen, — die, fern von Förderung unschrankbarer Bielmisserei, vor allem eine Stätte gesunder Geistes- und Herzensbildung für unsere Jugend sein soll.

Für die wirtschaftlichen Fragen, für die Fragen der Finanz- und Steuerpolitik liegt die Entscheidung wesentlich in der Gesetzgebung des Reiches. Aber auch die Landesgesetzgebung hat die Aufgabe, in diesen Seiten schweren Niederganges unseres vaterländischen Wohlstandes dem wirtschaftlichen Leben in Stadt und Land, dem Ackerbau, Handel und Gewerbe jorsame Pflege zu zuwenden, und vor allem bedürfen unsere Staatsfinanzen, die sich gleichfalls in einer schweren Krise befinden, der nachhaltigen Kräftigung durch Umsicht und Sparsamkeit.

Im besonderen ist es hier die Aufgabe, die Ueberschüsse, welche durch die Zoll- und Steuergesetzgebung des Reiches den Einzelstaaten zufliessen sollen, für Herabminderung der directen Steuerlast zur Verwendung zu bringen, und deshalb in erster Linie durch Ueberweisung reichtlicher Mittel an die Communen und Communalverbände diese in den seitherigen schwerlastenden Zuschlägen zu den directen Staatssteuern zu erleichtern. Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens sind zunächst die großen Verkehrsbaden, so weit sie sich zur Zeit noch in Privatbesitz befinden, vor allem zum Zwecke einer einheitlichen Regelung der Tarife in den Besitz des Staates zu bringen und daneben durch den Ausbau billiger Eisenbahnen niedriger Ordnung die Vortheile des großen Verkehrs nach Kräften zu verallgemeinern.

Die Verwaltungs-Organisation ist in ihrer Fortbildung vor allem dem örtlichen Bedürfnis anzupassen — und sie bedarf überall der Vereinfachung, um das mitverwaltende Laien-Clement vor Überlastung zu wahren und dem einzelnen Rechtsfunden des Verfahrens anschaulicher und übersichtlicher zu gestalten.

Für diese und noch manche weitere Aufgaben gilt es zu arbeiten, getreu der conservativen Ueberzeugung, — die für Erhaltung der ewigen Güter in unserem Volksleben nicht minder eintritt, wie für die sorgsame Pflege der redlichen Arbeit in jedem Beruf, — die festhält an dem Guten, das aus der Vergangenheit durch die Erfahrung bewährt und überkommen ist, — die aber nicht minder vorwärts blickt und Umschau hält, wo es zu helfen und zu bessern gilt.

Im liberalen Lager herrscht Uneinigkeit, welche immer deutlicher, besonders während der jüngsten Reichstagsverhandlungen, hervorgetreten ist und welche sogar zur Trennung innerhalb der liberalen Partei selbst führt, während diese gleichzeitig gänzlich darauf verzichten mußte, bei den wichtigen Entscheidungen auf dem Gebiete der Finanzen und der Polizei ihre früher eingenommene entscheidende Stellung zu behaupten. Diese Zerstreuung im liberalen Lager, im Zusammenhange mit dem schwindenden Vertrauen und der wachsenden Unzufriedenheit im Volke gegenüber der liberalen

Lebensfähigkeit dieser besonderen Kunstgattung aburtheilen könnte. Immerhin scheint eine ausgesprochene Begünstigung des zum Häzzlichen neigenden Trivialen bedenklich. Das niedrige Leben ist so arm an Schönheit, daß es in der Kunst nicht ein zweites Mal wiederholt werden sollte, ohne über die nüchternen Copie hinauszutreten und in eine idealere Sphäre gerichtet zu werden.

M. v. Schmidel's (München) „Klosterruppe“ schmeckt nach dem Souterrain der Proletarierwohnung, und ihre Esser riechen auf fünf Schritt nach Schnaps. Keiner giebt sich das „Nachstück“ von Bertha Wegmann (München), eine rührende Mädchengestalt, die, in ein dürliges Tüchlein eingewickelt, schüchtern und ängstlich durch die Straßen eilt — ihrem Untergange entgegen. Sehr beachtenswerth auch ist ein weibliches Porträt derselben Künstlerin. In beiden Stücken wird man die malende Frauenhand schwierlich erkennen. Ebenso wenig in dem breit und kräftig durchgeführten „holländischen Fischermädchen“ von Marie Weber (München), das, mit einem Strickzeug bewaffnet, den Strand entlang schreitet.

Neue Bahnen sind in den übrigen Genrescenen nicht zu finden. Die ursprünglichen Gegensätze der Düsseldorfer und Münchener Schule fangen an sich immer mehr auszugleichen und in einander überzugehen, wenigstens was die Technik betrifft; bei den ersten überwiegen die Scenen aus dem kleinstädtischen Leben der mittleren Stände, während die letzteren daneben ihre Stoffe gern vom Hochlande herholen. Im Ganzen lassen sich zwei charakteristische Gruppen von Genremalern unterscheiden. — Die erste wendet sich von der Gegenwart ab und sucht mit verschollenen Trachten früherer Jahrhunderte ihr Glück zu machen; sie legt das Hauptgewicht auf das malerische Costüm und das von ihm bedingte Colorit, wobei leider der Geist der betreffenden Periode in vielen Fällen leer ausgeht. Ob z. B. ein Großvater im seidenen Pattenrock der Rococozeit oder im schlichten Tuchgewande der Gegenwart sich über seinen Enkel freut — Großväter freuen sich tatsächlich immer über ihre Enkel —, ob ein Liebespaar mit Zopf und gepudertem Haar oder mit glattem Scheitel und Chignon auf einer Gartenbank sitzt und schmollt — Liebespaare schmollen bekanntlich immer — ob endlich mehrere Landsknechte in Pluderhosen und geschlitzten Wämsern oder etliche Soldaten in blauen oder grünen Waffenrocken Karten spielen und sich betrinken — Landsknechte und Soldaten spielen bekanntlich immer Karten und betrinken sich dabei —! Das Alles ist durchaus gleichgültig und fällt nicht in Betracht.

Bei der zweiten Gruppe steht die milde und gemüthliche Bürgergesellschaft, der biedere Mittelschlag der civilisierten Menschheit (welcher leider auszusterben droht, da es bald nur noch Bankiers und Proletarier geben wird), in gutem Ansehen. Die kleinen Tragödien und Komödien des Lebens bieten den ergiebigsten Stoff von Situationen und Charakteren. Häusliche Freuden und Leiden, Straßen- und Dorfschädel, Wirthshaus- und Gerichtsszenen wechseln mit einander ab und spiegeln die Tageswelt in dem leuchtenden oder umsichtigen Auge des Menschen. Hier liegt die gesunde Kraft des Volkes aufgesammelt, und hier zeigt sich auch die gesunde Kraft des bildenden Künstlers, der in und mit seiner Zeit lebt, um der Zukunft vereinst einen treuen, culturgeschichtlich interessanten Spiegel der Vergangenheit zu hinterlassen. Die Gefahr, trivial zu werden, liegt hier nahe, aber der rechte Künstler, der sich liebwill in seine Objekte hineinlebt, wird auch dem Unbedeutenden einen Theil seines Geistes einhauchen, so daß das Spiegelbild anders aussieht, als das gleiche Leben, wenn letzteres nur nicht an und für sich widerwärtig und eines zweiten Lebens in der Kunst unwürdig ist.

Mit der sogenannten „guten Gesellschaft“ wirken unsere Genremaler nichts Rechtes anfangen und halten es hinter mit Goethe, welcher sagt: „man nennt sie die gute, wenn sie zum kleinsten Gedicht keine Gelegenheit giebt.“ Und doch könnte der Sohn sehr malerisch werden, sofern er wirklich die neutrale Heimsäthe eines zwanglosen höheren Zusammenseins der geistigen Aristokratie wäre. So lange aber auch die Geschenke mit dem unerträglichen Frack das Recht angezogen haben, langweilig und albern zu sein, so lange ein steifes Ceremoniell einen feinen und gewählten Geist vertreten muss, so lange wird auch das Parquet der künstlerischen Größe entbehren. Deutschland kennt im Allgemeinen jene Art von württembergisch vornehmer Geselligkeit nicht, die gleichsam ein ätherisches Fluid um ausströmt, das Alles ergreift, ohne dem Recht der Persönlichkeit, zu nahe zu treten. Unsere Absüttungen — eine ganz ordinäre Sittenfütterung — und Theatralisationen werden keinen Maler zur Reproduktion anreizen.

Nach dem Vorausgeschickten wird es genügen, in unserem nächsten Bericht eine Reihe von Künstlern namhaft zu machen, welche, zum größten Theil wenigstens bekannt und geschäftig, Beispiele in Menge für die erwähnten beiden Richtungen geliefert haben. Quidam.

Gesetzegebung der jüngsten Vergangenheit, mahnen in diesem Augenblicke doppelt zu festem Zusammenschluß, zur Einigkeit innerhalb aller conservativen Kreise und zu eben so machvoller als fester Verfolgung der großen Ziele conservativer Politik.

Nur Einigkeit und thätiger Eifer werden bei den bevorstehenden Wahlen den Erfolg sichern. Mögen darum alle conservativen Elemente einig zusammenstehen im Wahlkampf, wie sie einig sind in den Liebe und Treue zu unserem erhabenen Kaiser und König und im Vertrauen zu seinem starken Regiment; möge jeder dessen eingedenkt sein, daß auch er berufen ist, an seiner Stelle mit Hand anzulegen."

Hannover, 25. Aug. [Welsen und Ultramontane.] Daß das Band zwischen Welsen und Ultramontanen sich in Folge der letzten Ereignisse immer mehr lockert, dafür mehren sich die Anzeichen. So schreibt die welsche „Nieders. Ztg.“ in ihrer letzten Nummer, anknüpfend an die Wahl des Freiherrn Langwerth von Simmern: „Der Entschluß des Abgeordneten Langwerth v. Simmern, dem Centrum so lange nicht als Hospitant beizutreten, als die Waffenbrüderchaft desselben mit den „preußisch-conservativen“ Bismarckianern dauernd hat im 7. Reichstagswahlkreis, und wir zweifeln nicht, weit über diesen engeren Kreis hinaus die lebhafte Befriedigung hervorgerufen. Aus diesem Kreise wurde der Gedanke einer Trennung vom Centrum als dringender Wunsch ausgeprochen und dabei betont, daß in mehreren Wahlbezirken das Misstrauen gegen das Centrum ein so verbreitet sei, daß die Wahl unseres Kandidaten dadurch hätte recht ernstlich gefährdet werden können. Man wolle nicht wieder von den Herren in Berlin durchsetzt werden.“

Δ Stuttgart, 26. August. [XX. Vereinstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften. IV.] In der heutigen zweiten Hauptversammlung wurde mit der Verabschiedung der gemeinsamen Angelegenheiten aller Genossenschaften fortgesetzt.

1. Der Creditverein zu Meißen hat beantragt: „es möge bei Revision des Genossenschaftsgesetzes vermittelt werden, daß dem Gesetz ein Zusatz beigefügt werde, dahingehend, daß unter gewissen, die Solidität der Geschäftsführung sichernden Normativbestimmungen auch Genossenschaften, bei denen die „gemeinsame Verhaftung der Mitglieder auf eine bestimmte Summe beschränkt wird, bestehen und der Vortheile des Genossenschaftsgesetzes beibehalten werden können.“ Zur Begründung des Antrages berief sich der Vertreter des Meißener Vereins, Advocat Franke, auf die Panit, welche durch den Untergang des Vorschußvereins in Nößwitz im Königreich Sachsen in der ganzen Umgegend hervergerufen ist, die sich namentlich gegen die Solidarhaft rückte und die viele Vereine veranlaßt hat, zu liquidieren.

Ein Gegenantrag ist einstimmig vom engen Ausschuß dahin gestellt:

„In Erwagung:
1) daß der allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften bereits auf dem allgemeinen Verbandstage zu Danzig 1876 sich einmütig für Beibehaltung der unbeschränkten solidarischen Haftsplicht der Genossenschaften bei Revision des Genossenschaftsgesetzes entschieden hat, weil er darin die den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Genossenschaften entsprechende Rechts- und Creditbasis erkannte;
2) daß zur Aenderung dieser Überzeugung aus den in einzelnen Genossenschaften vorgekommenen schweren Unfällen kein Grund hergenommen werden kann, da dieselben lediglich durch Vernachlässigung der im Gesetz selbst gegen die Gefahren der Solidarhaft gegebenen Schutzmittel, sowie durch ein den ersten Grundsäulen geordneten Geschäftsführung widersprechendes Gebaren und durch Nichtbeachtung aller defolligen Warnungen und Ratschläge entstanden sind;

geht der allgemeine Vereinstag über den Antrag des Creditvereins zu Meißen zur Tagesordnung über.“

Für diese Tagesordnung sprach der Anwalt Schulze-Delitsch, indem er die Zuläufigkeit „von Aktiengesellschaften ohne Aktionen, von Capitalbank ohne Kapital“ bestreit. Gegen Dummheit, verwarfliches Gebaren und schlechte Geschäftsführung könne kein Gesetz schützen, auch nicht ein neues Genossenschaftsgesetz. Die Folgen der verfehlten ländlichen Wirtschaft würden bei einer Genossenschaft, die nach dem Meißener Antrag mit beschränkter Solidarhaft gebildet würde, von den nachlängigen Mitgliedern auf die Gläubiger abgewälzt; Verringerung der Haftsplicht, Loderung der Verantwortlichkeit fördert die Vernachlässigung einer gehörigen Kontrolle. Die tolle Wirthschaft in Nößwitz und in Düsseldorf könnte durchaus kein Motiv gegen die Solidarhaft abgeben. In zahlreichen Aktiengesellschaften seien ähnliche Dinge vorgekommen, wie in wenigen Genossenschaften.

Für den Antrag von Meißen sprach sich nur Angeler von Offenbach aus, während der Antrag des engeren Ausschusses außer vom Anwalt nach von Laur aus Ginsheim, Schenk-Wiesbaden, dem Verbandsdirektor der Genossenschaften der Provinz Preußen, Hofp. von Insterburg, und anderen lebhaft befürwortet wurde. Letzgenannter Antrag wurde hierauf mit allen gegen acht Stimmen angenommen und dadurch der Meißener Antrag abgelehnt.

II. Ein Antrag des Unterverbandes der schlesischen Vorschuß- und Credit-Bereiche beschäftigt sich ebenfalls mit Revision des Genossenschaftsgesetzes, indem er zur Sicherung austretender Genossenschaften gegen die Nachlässigkeit des Vorstandes denselben das Recht gewährt will, ihren Austritt dem Genossenschaftsräte zur Vermerkung anzuzeigen. Klinkert-Breslau begründet den Antrag, der ohne Widerspruch angenommen wurde, nachdem sich auch der Anwalt Schulze-Delitsch für ihn erklärte hatte.

III. Der Verbandsdirektor der thüringischen Vorschußvereine, Justizialistmann Schwanitz von Ilmenau, referirt im Auftrage des engeren Ausschusses über die Verbandsrechnung, den Etat des Verbandes für das nächste Jahr und andere Formalien. Die Finanzlage des Verbandes ist eine sehr gute, und wurden die Anträge des engeren Ausschusses genehmigt. Wegen Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen wurden auf Antrag des engeren Ausschusses 5 Genossenschaften aus dem allgemeinen Verbande ausgeschlossen (Vorschuß-Vereine zu Laub, Bauerwitz und Neustadt im Odenwald).

Für den nächsten allgemeinen Verbandstag lagen 2 Einladungen vor, nach Altona vom Verbande der schleswig-holsteinischen Genossenschaften und dem Altonaer Creditverein, und nach Kolberg durch den dortigen Vorschußverein und dem Magistrat der Stadt. Die Mehrheit entschied sich für Altona. Es wird das erste Mal sein, daß die Genossenschaften ihren Verbandstag in Schleswig-Holstein abhalten. Hiermit schloß die Vormittagsitzung der zweiten Hauptversammlung.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 28. August. [Tagesbericht.]

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heut abgehaltene Sitzung, die erste nach den Ferien, wurde von dem Vorsitzenden, Banquier Beyerstorff, mit einer großen Anzahl Mittheilungen eröffnet, von denen wir folgende hervorheben:

Seitens des Büros des Reichstages ist die Mittheilung an die Versammlung gerichtet worden, daß der Reichstag die Petition vom 8. Februar & durch die erfolgte Beschlusshaltung über den Entwurf des Gesetzes, betreffend den Bollaris des deutschen Zollgebietes für erledigt erklärt hat.

Magistrat übersendet Abschrift der Allerhöchsten Cabinetsordre d. a. Ems, 2. Juli c., betreffend das Augusta-Hospital, durch welche gestattet wird, daß anlässlich der Jubelhochzeit Ihrer Majestäten und nach damals erfolgter außerordentlicher Zuwendung von 30,000 M. dasselbe nunmehr den Namen „Wilhelm-Augusta-Hospital“ führe.

Das Königl. Ober-Präsidium hat dem Magistrat angezeigt, daß Se. Majestät der König durch Allerhöchsten Erlass vom 7. d. Mts. den von der Stadt Breslau präsentirten Oberbürgermeister Friedensburg als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen hat.

Magistrat schreibt der Versammlung: Unter dem 3. Februar er. haben wir die geehrte Stadtverordneten-Versammlung ersucht, die durch den Tod des Forst- und Deponie-Mathes Fintelmann erledigte Stelle eines besoldeten Stadttrahes anderweit zu beziehen, und von dem Bewerber den Nachweis der bestandenen juristischen großen Staatsprüfung, event. neben genügender juristischer Vorbildung Kenntnis in den kameralistischen Wissenschaften und Erfahrung in der Praxis der Verwaltung zu verlangen.

Der bevorstehende Abgang des Syndicus Kirschner hat uns die Erwähnung nahe gelegt, ob nicht die Errichtung einer zweiten Schulrat-Sielle notwendig sein dürfte.

Wir wollen, bevor wir in dieser Angelegenheit einen bestimmenden Beschlusssachen, noch verschiedene Ermitteilungen anstellen.

Wir bitten aber mit Rücksicht auf diese Sachlage von der Ausschreibung der Neuwahl für die früher Fintelmann'sche Stelle einzuweisen Abstand zu nehmen.

Stadtb. Dr. Weis, welcher seit 1853 Mitglied der Versammlung war, ist am 21. August cr. gestorben.

Der Vorsitzende gedenkt in folgenden ehrenden Worten des Dahin, geschieden:

Dr. Weis war seit 1853, also 26 Jahre hindurch, ein eisriges Mitglied dieser Versammlung, von 1856–1878 Mitglied der Schulen-Deputation, seit 1866 Mitglied der Finanz-Deputation und ebenso lang Mitglied des Schiedsgerichtsverbandes. Seit 1866, 13 Jahre lang, war Dr. Weis unser Protokollführer. In all diesen Stellungen war er unermüdlich bestrebt, indem er seine ganze Kraft einsetzte, die Interessen der Stadt zu fördern, als Schriftführer unbedingt zuverlässig und von höchster Gewissenhaftigkeit, so daß er seine Pflicht als Bürger in vollem Maße und mit gutem Erfolge erfüllt hat. Die Unabhängigkeit seines Urtheils, die Offenheit, mit der er seiner Überzeugung Ausdruck gab, sein starles lebhaftes Redeschick machten ihn uns überaus wert. Wir haben durch seinen Tod einen hochachtbaren Collegen, die Stadt einen Ehrenmann in der vollen Bedeutung des Wortes verloren.

Ein ehrenvolles Andenken ist ihm für immer gesichert. Geben wir unserer Werthschätzung für den leider von uns Geliebten Ausdruck, indem wir uns von unseren Söhnen erheben. (Dies geschieht.)

Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein und erledigt u. a. Folgendes:

Bebauungspläne. Magistrat legt der Versammlung Bebauungspläne des südlichen Theiles der Schweidnitzer-Vorstadt, des östlichen Theiles des Sand-Vorstadt und des nordöstlichen Theiles der Sand- und Oder-Vorstadt, sowie einen Übersichtsplan von Breslau, welcher sämtliche neuen Projekte enthält, vor, mit dem Erklären, sich mit diesen in Vorschlag gebrachten Bebauungsplänen einverstanden zu erklären, damit dann der weiteren baulichen Entwicklung der Stadt entsprechend die einzelnen Straßen-Flächlinien und Bebauungspläne, den Vorschriften des Gesetzes vom 2. Juli 1875 gemäß, detailliert ausgearbeitet werden können.

Die Bau-Commission empfiehlt:

die Magistrats-Anträge zu genehmigen.

Der Referent der Bau-Commission, Stadtb. Bock II, motiviert den Antrag derselber.

Seitens der Breslauer Baubank ist hierzu ein Gefuch dagegen eingegangen, eine auf dem Bebauungsplane des südlichen Theiles der Schweidnitzer-Vorstadt projectierte Straße wegzfallen und an deren Stelle eine von ihr in Aussicht genommene treten zu lassen. In dieser Beziehung empfiehlt die Commission:

- a. sich mit dem ihr mündlich mitgetheilten Beschuß des Magistrats einverstanden zu erklären;
- b. die Petenten mit ihrem Erklären abzuwiesen.

Stadtb. Schäfer beantragt den Bebauungsplan für die Sandvorstadt dem Magistrat mit dem Erklären zurückzugeben, für größere öffentliche Plätze Sorge zu tragen. Stadtbaurath Raumann erklärt sich mit Hinweis darauf, daß die Größe der im Plan verzeichneten öffentlichen Plätze ausreichend sei und eine weitere Vergrößerung der Stadtgemeinde erhebliche Kosten verursachen würde, gegen den Antrag Schäfer. Unter Ablehnung dieses Antrages genehmigt die Versammlung die vorgelegten Bebauungspläne mit Ausnahme des Bebauungsplanes des südlichen Theiles der Schweidnitzer-Vorstadt, welcher seitens des Magistrats selbst zurückgezogen werden war, wodurch sich auch die diesbezüglichen Commissions-Anträge erledigen.

Verhältniß der Stadtgemeinde zur Parochie St. Christophori. Die Versammlung batte unter dem 3. Mai 1875 beschlossen, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob eine rechtliche Verpflichtung der Stadtgemeinde vorhanden sei, die Parochie zu St. Christophori für die gewisse diese Kirche befchuhende evangelische Gemeinde der Umgegend zu unterhalten. — Magistrat schreibt nunmehr, daß er das diesbezügliche Sach- und Rechtsverhältnis durch Stadtrath jetzt Syndicus Kirschner habe prüfen lassen, und überreicht das von demselben abgegebene Gutachten, daß zu folgendem Resultat gelangt:

1) Es existiert keine Parochie St. Christophori, die Christophorikirche ist eine Stiftskirche.

2) Es existiert keine mit der Kirche St. Christophori verbundene ländliche Gemeindemitte, sondern es sind einzelne Landgemeinden mit der Kirche in Verbindung.

3) Die mit der Christophorikirche vereinigten Landgemeinden sind Gäste jener Kirche.

4) Nur die Abgaben und Beiträge von Groß- und Klein-Ölsbach, Bödig und Puscham mit der Knopfmühle sind rechtmäßig geordnet, hinsichtlich der übrigen Gagtgemeinden sieht diese Ordnung noch aus.

5) Besondere Verpflichtungen gegenüber den Gagtgemeinden hat die Stadtgemeinde nicht übernommen.

6) Ob die Stadtgemeinde eine über die gesetzlichen Pflichten eines Patrons hinausgehende Verpflichtung zur Unterhaltung der Christophorikirche hat, hängt davon ab, ob ihr eine derartige allgemeine Verpflichtung gegen die hiesigen evangelischen Kirchen überhaupt nachweislich obliegt.

Auf Requisition des Vorsitzenden der Versammlung ist von dem Stadtverordneten, Justizrat Fischer, ebenfalls ein Gutachten über denselben Gegenstand abgegeben worden, in welchem die von der Versammlung angesetzte Frage dahn beantwortet wird:

dass eine rechtliche Verpflichtung der Stadtgemeinde, die Parochie St. Christophori für die zahlreiche, die Kirche befchuhende evangelische Gemeinde der Umgegend zu unterhalten. — Magistrat schreibt nunmehr, daß er das diesbezügliche Sach- und Rechtsverhältnis durch Stadtrath jetzt Syndicus Kirschner habe prüfen lassen, und überreicht das von demselben abgegebene Gutachten, daß zu folgendem Resultat gelangt:

1) Es existiert keine Parochie St. Christophori, die Christophorikirche ist eine Stiftskirche.

2) Es existiert keine mit der Kirche St. Christophori verbundene ländliche Gemeindemitte, sondern es sind einzelne Landgemeinden mit der Kirche in Verbindung.

3) Die mit der Christophorikirche vereinigten Landgemeinden sind Gäste jener Kirche.

4) Nur die Abgaben und Beiträge von Groß- und Klein-Ölsbach, Bödig und Puscham mit der Knopfmühle sind rechtmäßig geordnet, hinsichtlich der übrigen Gagtgemeinden sieht diese Ordnung noch aus.

5) Besondere Verpflichtungen gegenüber den Gagtgemeinden hat die Stadtgemeinde nicht übernommen.

6) Ob die Stadtgemeinde eine über die gesetzlichen Pflichten eines Patrons hinausgehende Verpflichtung zur Unterhaltung der Christophorikirche hat, hängt davon ab, ob ihr eine derartige allgemeine Verpflichtung gegen die hiesigen evangelischen Kirchen überhaupt nachweislich obliegt.

Auf Requisition des Vorsitzenden der Versammlung ist von dem Stadtverordneten, Justizrat Fischer, ebenfalls ein Gutachten über denselben Gegenstand abgegeben worden, in welchem die von der Versammlung angesetzte Frage dahn beantwortet wird:

dass eine rechtliche Verpflichtung der Stadtgemeinde, die Parochie St. Christophori für die zahlreiche, die Kirche befchuhende evangelische Gemeinde der Umgegend zu unterhalten. — Magistrat schreibt nunmehr, daß er das diesbezügliche Sach- und Rechtsverhältnis durch Stadtrath jetzt Syndicus Kirschner habe prüfen lassen, und überreicht das von demselben abgegebene Gutachten, daß zu folgendem Resultat gelangt:

1) Es existiert keine Parochie St. Christophori, die Christophorikirche ist eine Stiftskirche.

2) Es existiert keine mit der Kirche St. Christophori verbundene ländliche Gemeindemitte, sondern es sind einzelne Landgemeinden mit der Kirche in Verbindung.

3) Die mit der Christophorikirche vereinigten Landgemeinden sind Gäste jener Kirche.

4) Nur die Abgaben und Beiträge von Groß- und Klein-Ölsbach, Bödig und Puscham mit der Knopfmühle sind rechtmäßig geordnet, hinsichtlich der übrigen Gagtgemeinden sieht diese Ordnung noch aus.

5) Besondere Verpflichtungen gegenüber den Gagtgemeinden hat die Stadtgemeinde nicht übernommen.

6) Ob die Stadtgemeinde eine über die gesetzlichen Pflichten eines Patrons hinausgehende Verpflichtung zur Unterhaltung der Christophorikirche hat, hängt davon ab, ob ihr eine derartige allgemeine Verpflichtung gegen die hiesigen evangelischen Kirchen überhaupt nachweislich obliegt.

Auf Requisition des Vorsitzenden der Versammlung ist von dem Stadtverordneten, Justizrat Fischer, ebenfalls ein Gutachten über denselben Gegenstand abgegeben worden, in welchem die von der Versammlung angesetzte Frage dahn beantwortet wird:

dass eine rechtliche Verpflichtung der Stadtgemeinde, die Parochie St. Christophori für die zahlreiche, die Kirche befchuhende evangelische Gemeinde der Umgegend zu unterhalten. — Magistrat schreibt nunmehr, daß er das diesbezügliche Sach- und Rechtsverhältnis durch Stadtrath jetzt Syndicus Kirschner habe prüfen lassen, und überreicht das von demselben abgegebene Gutachten, daß zu folgendem Resultat gelangt:

1) Es existiert keine Parochie St. Christophori, die Christophorikirche ist eine Stiftskirche.

2) Es existiert keine mit der Kirche St. Christophori verbundene ländliche Gemeindemitte, sondern es sind einzelne Landgemeinden mit der Kirche in Verbindung.

3) Die mit der Christophorikirche vereinigten Landgemeinden sind Gäste jener Kirche.

4) Nur die Abgaben und Beiträge von Groß- und Klein-Ölsbach, Bödig und Puscham mit der Knopfmühle sind rechtmäßig geordnet, hinsichtlich der übrigen Gagtgemeinden sieht diese Ordnung noch aus.

5) Besondere Verpflichtungen gegenüber den Gagtgemeinden hat die Stadtgemeinde nicht übernommen.

6) Ob die Stadtgemeinde eine über die gesetzlichen Pflichten eines Patrons hinausgehende Verpflichtung zur Unterhaltung der Christophorikirche hat, hängt davon ab, ob ihr eine derartige allgemeine Verpflichtung gegen die hiesigen evangelischen Kirchen überhaupt nachweislich obliegt.

des Magistrats hat sich das Verfahren bewahrt, und er beantragt daher, die qu. Bestimmungen auf weitere 4 Jahre in Kraft zu belassen.

Die Finanz- und Steuer-Commission empfiehlt, dem Magistrats-Antrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

Schluß der Sitzung 5½ Uhr.

[Herr General-Agent Krebs] sendet uns eine Berichtigung, um deren Aufnahme er uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erachtet. Obwohl wir die Berufung auf das Preßgesetz nicht für sich haltig erkennen, da das Schreiben des Herrn Krebs nicht sowohl eine factische Berichtigung, als vielmehr eine eigenhümliche Interpretation des Ausdrucks „fortschrittliche Partei“ enthält, so nehmen wir doch keinen Anstand, seinem Wunsche zu entsprechen. Die Befreiung lautet:

„In Nr. 399 der „Bresl. Ztg.“ befinden sich unmittelbar unter der Rubrik „Provinzial-Zeitung“ folgende, auf mich bezügliche Sätze: „Herr Krebs sah sich veranlaßt, in Nr. 389 der „Schles. Ztg.“ zu erklären, er habe nicht gesagt, er wolle die liberale Partei, sondern er wolle die fortschrittliche Partei zu Fall bringen. ... Man sieht

"Die Soziale Frage", Centralblatt für die freie Entwicklung des Gewerbelebens in Deutschland. Organ des Deutschen (anti-socialemokratischen) Arbeiter-Congresses und anderer verwandter Vereinigungen, bringt belehrende, volkstümlich gehaltene Artikel aus dem Gebiete der Volkswirtschaft, der Sozial- und Gewerbepolitik und widmet der praktischen Ausübung der sozialen Verhältnisse besondere Aufmerksamkeit und erscheint wöchentlich einmal. Nr. 34 enthält: Die Zünftlerpartei und ihre Bestrebungen. — Auswanderung und Colonisation. I. — Sozialpolitische Rundschau. — Soziale Bilder aus Schlesien. — Vereins- und Local-Berichte.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Petersburg, 28. August. Da der Stellvertreter des Reichskanzlers, Giers, den Kaiser auf seiner Reise nach Warschau und Lissa begleitet, so werden die Geschäfte des Ministeriums des Auswärtigen in Petersburg inzwischen von Baron Jomini geführt. (Wiederholt.)

Konstantinopel, 28. August. Regierungsseitig wird mitgetheilt, daß die Ausarbeitung von Reichs-Gesetzentwürfen bezüglich vollständiger Umgestaltung der Vilajetverwaltung soeben beendet ist. Die Gesetzentwürfe betreffen alle Zweige des öffentlichen Dienstes und beruhen auf dem Prinzip der Decentralisation. Die Regierung hält indeß vor Veröffentlichung der Gesetze es zunächst für angemessen, auch noch die gutachtlische Ansicht der Provinzialräthe hinsichtlich etwa vorzunehmender Verbesserungen einzuhören. Sobald dies geschehen, sollen die Gesetzentwürfe einer internationalen Commission zur Prüfung und Genehmigung unterbreitet und für das ganze türkische Reich in Wirklichkeit gesetzt werden.

Börsen-Depeschen.

Berlin, 28. Aug. (W. L. B.) [Schluß-Course] Fest.

Erste Depesche. 2 Uhr 35 Min.

Cours vom	28.	Cours vom	28.	Cours vom	28.
Osterr. Credit-Aktion	416	—	441 50	125 50	125 90
Osterr. Staatsbahn	472	—	466	—	125 30
Lombarden	151 50	151	—	173 30	173 55
Schl. Banknoten	96 25	95 80	—	212 30	210 50
Bresl. Disconto-bank	82 50	82 10	—	212 40	210 60
Bresl. Wechslerbank	88 25	87 50	4 1/2% preuß. Anleihe	105 90	105 80
Laurahütte	81 50	81 40	3 1/2% Staatsschuld	95	95
Donnerdmarchhütte	40	—	1860er Loose	117 75	116 75
Oberschl. Eisenb.-Brd.	—	—	77er Russen	89 25	88 90

(W. L. B.) Zweite Depesche. — Uhr — Min.		Cours vom 28.		Cours vom 28.	
Boesner Wandbriebe	97 80	99	R.D.-U.-St. Aktion	125 50	125 90
Osterr. Silberrente	58 80	53	R.D.-U.-St. Prior	—	125 30
Osterr. Goldrente	68 25	68 25	Rheinische	135 50	134 25
Ungar. Goldrente	79 10	78 90	Bergisch-Märkische	92 75	92 25
Türk. 5% 1865er Anl.	11 60	—	Königl.-Mündener	139 25	138 75
Orient-Anleihe II.	60 37	59 87	Galizier	101 25	100 75
Poln. Lig.-Pfandbr.	57 60	57 60	London Lang	20 40	—
Nurn. Eisenb.-Oblig.	37 75	37 50	Paris kurz	80 80	—
Oberschl. Litt. A.	158 10	157 40	Reichsbank	154 75	154 50
Breslau-Freiburger	78 25	77 75	Disconto-Commandit	154	154
(W. L. B.) [Nachrichten] Creditaction 446. — Franzosen 473. — Lombarden 151. — Disconto-Commandit 154. 70. Loura 81. — Osterr. Goldrente 68. 40. Ungarische Goldrente 79 10. Russ. Noten 212. 50.					

Hocherfreut melden die Geburt eines strammen Jungen [2254]

Hermann Mühlner und Frau Marie, geb. Stanke. Breslau, den 28. August 1879. [2819]

Gestern Vormittag wurde meine liebe Frau, geb. Fuchs, von zwei kräftigen Knaben glücklich entbunden. Dresden, den 27. August 1879. S. Dorchardt.

Statt besonderer Meldung.

Hente Morgen entschlief nach längerem, schweren Leiden unser innig geliebter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann

Carl Haude,

im Alter von 64 Jahren. [2278]

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Breslau, den 28. August 1879.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag, den 31. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Werderstrasse 9, aus nach dem grossen Kirchhofe zu St. Maria Magdalena in Lehmgruben.

Heute früh 8 1/2 Uhr starb nach längerem, schweren Leiden der Kaufmann

Herr Carl Haude.

Derselbe war uns durch eine Reihe von Jahren ein guter Vorgesetzter und treuer Rathgeber, dem wir ein bleibendes Andenken stets bewahren werden. [2279]

Breslau, den 28. August 1879.

Das Personal der Firma Albert C. Haude.

Nach langem, unsäglichen Leiden verschied heute Morgen um 3 1/2 Uhr unser unvergesslicher Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager [818]

Nathan Stern.

Dies zeigen statt besonderer Meldung, um stille Theilnahme bitten, an Die trauernden Hinterbliebenen. Sobran, Ratibor, Kathar, Königshütte, Neisse, Breslau, Berlin, Aue, den 27. August 1879.

Zodes-Anzeige.

(Verspätet.) Am 16. d. M. Abends 10 Uhr, verschied plötzlich im Carlsbad an Lungenlähmung meine geliebte Frau [2820]

Caecilie,

geboren Pollack. Landeshut i. Sch., den 27. August 1879.

Julius Wiener.

Heute Morgen 7 1/2 Uhr nahm der Himmel das uns am 10. d. M. geschenkte Söhlein wieder zu sich, was wir schmerzerfüllt Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung hiermit anzeigen. [2823]

Berlin SO., den 28. August 1879. Rudolph Bartusch, Selma Bartusch, geb. Walter.

Eine gebild. junge Frau sucht unter Dissertation ein Darlehen von 50 Thaler. Ges. Off. w. unter W. Z. Hauptpostamt erbeten. [2261]

Dr. Breslauer.

Die gebild. junge Frau sucht unter

Dissertation ein Darlehen von 50 Thaler. Ges. Off. w. unter W. Z. Hauptpostamt erbeten. [2261]

Dr. Siegfried Kohn, Oberstr. 17, I.

Ansage 7 Uhr. [2822]

Frankfurt a. M., 28. August, Mittags. (W. L. B.) [Ansangs-Course]. Creditaction 222, 25. Staatsbahn 233, 50. Lombarden —, 1860er Loose —, Goldrente —, Galizier —. Sehr fest.

Wien, 28. Aug. (W. L. B.) [Schluß-Course]. Behauptet.

Cours vom 28. 27. Cours vom 28. 27.

1860er Loose 124 50 124 50 Nordwestbahn — —

1864er Loose 158 20 157 20 Napoleon's or. 9 29 9 28

Creditaction 254 30 257 60 Marknoten 57 37 57 30

Anglo. 124 10 123 25 Ungar. Goldrente 90 95 90 37

Unionbank — — Papierrente 66 — 65 45

St. Gb. A.-Gert. 270 75 267 50 Silberrente 67 90 67 45

Lomb. Eisenb. 87 — 87 — London 116 90 116 75

Goldrente 78 75 78 40

Galizier — — — —

Neueste Russen — — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

— — — —

Zur Börsenlage.

Berlin, 27. August. Die ganz aussergewöhnlichen Coursschwankungen der letzten Tage veranlassen mich, im Interesse meiner geehrten Clienten, schon heute meine Meinung über die Lage und Gestaltung des Börsengeschäfts zu äussern. Ich hatte bereits in meinen letzten Berichten ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Heitung des Effectenmarktes ausserordentlich schwankend sei, und hatte im Anschluss daran fortgesetzt zu Gewinnnahmen aufgefordert. Diese Ansicht hat sich in den letztervergangenen Wochen vollständig bewährt und dürfte auch für die nächste Zeit noch maassgebend bleiben.

Die rückläufige Bewegung ist von den österreichischen und ungarischen Papieren ausgegangen, und zwar lag die nächste Veranlassung zu der immer allgemeiner werdenden Deroute in der ungünstigen Auffassung, welche die an sich nicht unbefriedigenden Ziffern der Semestralbilanz der **Österreichischen Credit-Anstalt** bei den gesammten Spekulation fanden; der Grund des Rückganges selbst liegt aber wesentlich tiefer. Denn die Wiener Blätter hatten bisher die Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie in den freundlichsten Farben geschildert; auf die Erwartung einer günstigen Ernte, besonders in Ungarn, war in den Vormonaten bedeutende Steigerung der österreichischen und der ungarischen Papiere durchgesetzt. Alle jene Hoffnungen nun auf eine reiche Getreideausfahrt, auf eine günstigere Gestaltung der Finanzen in Oesterreich-Ungarn und auf eine ruhige politische Entwicklung sind durch die neuesten Berichte aus Wien und Pest vollständig enttäuscht; die Ernte ist so unbefriedigend, dass Ungarn seinen eigenen Getreidebedarf kaum wird decken können; das Deficit dauert in beiden Landeshäften fort, und politische Beunruhigungen tauchen zahlreicher denn je auf. Ich kann unter diesen Umständen nur von jedem Ankauf österreichischer oder ungarischer Effecten durchaus abrathen, bis in den wirtschaftlichen oder politischen Verhältnissen Oesterreich-Ungarns ein vollständiger Umschwung eingetreten ist; so lange das nicht geschehen, wird jeder Cours-Aufschwung eines oder des anderen Papiers nur rasch vorübergehend sein; höchstens werden Deckungen eine scheinbar umfangreichere Besserung herbeiführen; aber auch diese wird nicht von Dauer sein, und jede Erholung wird in der nächsten Zeit nur einen neuen starken Rückschlag nach unten einleiten. Eine solche Besserung ist daher vorläufig noch nicht zu Ankäufen zu empfehlen, sondern dürfte eher zur Abstossung österreichisch-ungarischer Effecten bezw. zur **Speculation in Rückprämien** auffordern.

Je mehr sich aber die Speculation und die Capitalistenkreise von den österreichisch-ungarischen Papieren losmachten, um so regere Aufmerksamkeit dürfen wiederum die einheimischen Werthe finden, welche augenblicklich in der ersten Ueberstürzung mit Unrecht in Mitleidenschaft gezogen sind und ganz unberechtigte Courseinbussen erlitten haben. Daher halte ich es für den Augenblick in hohem Grade für gerathen, die billigen Course der localen Papiere zu festen Ankäufen zu benutzen, oder eine Speculation auf **Vorprämien** in denselben einzugehen.

Für diejenigen geehrten Interessenten, welchen das Wesen der **Prämien geschäfte (Geschäfte mit beschränktem Risiko)** unbekannt ist, halte ich meine Broschüre über „**Capitals-Anlage und Speculation in Werthpapieren**“ gratis zur Verfügung. [2809]

Für alle Börsentransactionen halte ich meine Dienste angelegenst empfohlen und bin gern bereit, möglichst **genaue Auskunft** über alle Werthpapiere zu ertheilen.

Jean Fränkel, Bankgeschäft,

Berlin, 15 Commandantenstrasse, I. Et., vis-à-vis der Beuthstrasse.

Schlesisch-Oesterreichischer Kohlenverkehr.

In den Kohlentarifen von Stationen der Oberschlesischen und R.-D.-U.-Eisenbahn nach Stationen der R.-S.-Nordbahn vom 10. October und 1. November 1876, von Stationen der R.-S. und B.-Schw.-Freiburger Eisenbahn nach der Mährisch-Schlesischen Centralbahn, von Stationen der R.-S. Eisenbahn nach der Oesterreich-Staatsbahn, Oester. Nordwestbahn und Südnord-Bundesbahnen und nach der Oesterr. Südbahn, ferner von Stationen der R.-D.-U.-Eisenbahn nach Stationen der Oesterr. Staats-Eisenbahn via Halbstadt und via Döbelitz, sowie nach Stationen der Oesterr. Süd- und Wien-Bottendorf, Wiener-Neustädter Eisenbahn kommen vro September 1879 die Frachtfäse zum Course von 170/175 zur Anwendung. Breslau, den 26. August 1879. [2824]

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Oberschlesischer Anzeiger

in Katzbach, als Organ der reichsfreundlichen Parteien Oberschlesiens täglich erscheinende Zeitung, eröffnet für den Monat September c. ein neues Abonnement und nehmen zum Pränumerationspreise von 1 Mark sämtliche Reichspostanstalten Bestellungen entgegen. [2801]

Der „Oberschlesische Anzeiger“ ist die älteste und verbreitetste Zeitung in Oberschlesien und finden

Zusserate

zum Preise von 15 Pf. pro fünfgeschaltete Seiten durch denselben die wirksamste Verbreitung.

Hotel-Öffnung.

Nachdem mir die Concession zur Errichtung eines Gasthofes ertheilt worden, eröffne ich mit dem heutigen Tage unter dem Namen

Gnerlich's Hôtel

am hiesigen Platze meinen Gasthof I. Klasse und empfehle denselben dem gebreiten Publikum zu wohlwollender Benutzung. [623]

Zobten am Berge, den 15. August 1879.

Julius Gnerlich.

Oberschl. Credit-Verein-Actien zu kaufen gesucht.

Offeraten mit Angabe der Stückzahl und des billigsten Courses unter

R. 3556 an Rudolf Moosé, Breslau, Ohlauerstr. 85 I. [2749]

Schles. 3½ % altlandschaftliche Pfandbriefe auf Pluslan und Ostrawie (Landsch.-B. Liegnitz)

kaufe ich 2 p.C. über Tagescours oder tausche dieselben mit 2 p.C. Auf-geld gegen gleichhaltige Pfandbriefe um. [2818]

E. Heimann, Ring 33.

Ein solides Institut erklärt sich hierdurch bereit, für die Herren Gerichtsvollzieher, sowie andere Staats-, Communal- u. Eisenbahnbeamte d. Amtsauction zu billigen Bedingungen zu stellen. [2813]

Näheres bei Herrn A. Schweizer, Breslau, Seminargasse 5.

Großer, reeller Möbel-Ausverkauf.

Sämmliche Waarenbestände, bestehend in schwarz und matten, eichen antiken, Nussbaum-, Mahagoni-, Kirschbaum- und erlenen Möbeln, verkaufe ich 20% billiger, bei solider Arbeit in den geschmackvollsten Zeichnungen. [2807]

Adolf Sturm,
Breslau, Albrechtsstr. 35/36, im Hause des Schles. Bankvereins.

Die Förderung der Deutschlandgrube von p. ptr. 3,000,000 Etr. Steinlohlen

soll pro 1880 entweder getheilt an mehrere oder ungetheilt an einen Abnehmer vergeben werden. Die zu diesem Zweck aufgestellten Bedingungen können in unserem Bureau eingesehen werden, auch werden Abschriften gegen Einfindung der Copialien ertheilt. [815]

Offeraten werden bis zum 20. September entgegen genommen.

Charlottenhof bei Königshütte O.S., den 26. August 1879.

Graf Guido Henckel-Donnersmarck'sche Departements-Inspection.

Geschwister Podjorski,
Breitestraße 8,
empfehlen sich zur Auffertigung von
Ball-, Braut- u. Gesellschaftskleidern,
sowie jede Art Haus- und Straßenz-
Costüme in den neuesten Tagen. [2723]

Auch werden Ausstattungen auf's Bil-
ligste und Sauberste ausgeführt.

Pension.

für einen jungen Mann, der ersten October c. in Breslau in Lehre treten soll, wird eine Pension mit Familien-
aufschluss, eigenem Stuben und frä-
tieriger Hausmannsstube gefügt. [659]

Gefällige Offeraten unter A. Z. 59

in den Brief. der Breslauer Zeitung

bis 5. Sept. c. erbeten. [2823]

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist

unter Nr. 482 die Firma

Ferdinand Lützel

zu Reichenbach i. Schl., und als

deren Inhaber der Kaufmann

Ferdinand Lützel ebenda, ferner

bei Nr. 396 das Erlöschen der

Firma

R. Piltz

hier, [386]

heute eingetragen worden.

Reichenbach i. Schl.

den 26. August 1879.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substaftions-Richter.

(gez.) Dr. George.

Ferien-Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist

heute bei Nr. 265, die Actien-Gesell-

shaft [167] hier wohnende [2821]

Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft

hier betreffend, Folgendes eingetragen

worben:

„Nachdem auf Grund des Beschlusses

der außerordentlichen General-Ver-

sammlung der Actionäre der Oberschle-

sischen Eisenbahn vom 28. März 1879

von Seiten der Oberschlesischen Eisen-

bahn-Gesellschaft beantragt worden:

„die für den Erweiterungs- bezie-

hungsweise Umbau des Bahnhofs

Breslau der Oberschlesischen Eisen-

bahn noch erforderlichen Geldmittel

im Betrage von 3,000,000 Mark

aus der durch das Privilegium

vom 24. Juli 1874 bewilligten Priori-

täts-Anleihe (Emission von 1874)

von 15,000,000 Mark, und zwar

aus dem für die Beschaffung von

Betriebsmitteln vorgesehenen Theil

dieser Anleihe zu entnehmen, ist durch den Allerböschten Erlass vom

19. Mai 1879 (Amtsblatt der König-

lichen Regierung zu Breslau, Stück 24

pro 1879) die beantragte Abänderung

der Bestimmung jener Anleihe bezie-

hungsweise die Verwendung der

3,000,000 Mark zu dem vorstehend

angeführten Zweck genehmigt.

In Folge jenes Beschlusses vom

28. März 1879 ist ferner

durch Allerböschtes Privilegium vom

9. Juni 1879 (Amtsblatt der König-

lichen Regierung in Breslau, Stück 27

pro 1879) der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft Bebauung Be-

schaffung von Geldmittel zur

Dekoration der bei dem Bau der

Breslau-Mittelwalde Eisenbahn

bis jetzt entstandenen Mehrausgaben

und zur Verstärkung der auf dieser

Bahn noch erforderlichen Bauaus-

führungen im Gesamtbetrage von

15,500,000 Mark, sowie zur Kühlung

und Rückzahlung des Nominal-

wertes, beziehungsweise zur Con-

vertirung der noch im Umlauf be-

findlichen 39,775,800 Mark fünf-

prozentigen Prioritäts-Obligationen

der Oberschlesischen Eisenbahn-Ge-

ellschaft (Emission von 1869) in

4½ prozentigen Obligationen, die Auf-

nahme eines Darlehns gegen Aus-

stellung auf den Inhaber lautender

u. mit Zinscheinen versehener Priori-

täts-Obligationen im Gesamt-

Nominalbetrag von 55,954,000

Mark genehmigt worden.

Die zu emittirenden Obligationen

finden mir vier und ein halb Prozent

vergütlich, erhalten die Bezeichnung:

„Vier und ein halb Prozentige Priori-

täts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, Emmission von

1879“, und zerfallen in 1400 Stück

zu 5000 Mark, 4000 Stück zu 3000

Mark, 8000 Stück zu 1200 Mark,

Geschlechts krankh. speciell: Syphilis, Haut-, Hals- u. Fussibel (Flecken), sowie Schwächezustände und alle Unterleibesleiden der Frauen, heilt auch briesisch, gründlich u. schnell d. i. Ausland approb. **Dr. med. Har-muth**, Berlin, Kommandantenstr. 30.

Dr. Hirsch, Berlin, Schloßstraße 18
Mitgl. der Franz. Gelehrten-Gesellsch. z. speciell f. Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten der Männer. Behandl. nach ganz neuer Methode, radikal, schnell u. ohne Folgenübel. Auswärtige briesisch, Honorar 10 M.

Special-Arzt Dr. Deutsch, Berlin, Friedrichstraße 3, Mitgli. d. Wiener med. Facultät, hlt. nach eig. glänzend bewährt. Methode rasch, gründlich, ohne Berufsstörung: Syphilis, Mannesschwäche, Pollut, Ausfluss, Urinbeschwerden, Geschwüre, Hautausschläge, Mund- u. Halsübel. Auswärtige briesisch (discret). [760]

In Grünberg i. Schl. ist ein zweistöckiges, massives Wohnhaus, in der Nähe des Marktplatzes gelegen, mit großem Keller, geräumigem Hof, Tiefahrt, 2 massiven Reitställen u. umzugshälber zu verkaufen. Das Haus eignet sich zu einem Weingeschäft resp. zur Einrichtung von jedem andern Geschäfts- oder Fabrikationsbetrieb. Der Preis ist billig und die Anzahlung gering. Reselanten belieben sich an **B. G. Salomon Söhne** in Grünberg i. Schl. zu wenden. [813]

Villa in Hirschberg. Eine sehr comfortable Besitzung mit 1½ Morgen gr. Garten, 10 gr. Zimmern, in schönster Lage, ist bald zu verkaufen. Preis 9500 Thlr. Anzahlung 2000 Thlr. Hypotheken feit. Näheres sub F. R. 10 pr. Adressen Rudolf Moos in Hirschberg. [2775]

Frequenten Gasthof mit Ausspannung in einer großen Kreisstadt bei 2–3 Mille Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Offerten unter R. E. 35 Exped. der Bresl. Btg. [788]

Die Bäckerei im Gathofe zu den 3 Bergen in Haynau ist zu verpachten und am ersten October zu übernehmen.

Großer Möbel-Ausverkauf. Neue Taschenstraße Nr. 14 werden sämtliche Möbel, Spiegel und Polsterwaren in nur gediegener Arbeit zu tief herabgeführten Preisen vollständig ausverkauft. [2803] Nur Neue Taschenstraße 14, früher Neborst'sche Fabrik.

Grünstr. 29, 1. Et., werden die von einer Herrschaft zurückgelassenen Möbel, bestehend aus 1 Eichen-Speisezimmer, 1 schwarzen Zimmers, 1 Schlafzimmers, 3 Nuss-Zimmern u. s. f. sofort billig verkauft. Näheres daselbst von 9–1 Uhr.

Ein Colonialwaaren- u. Destillations-Geschäft mit Auschank in einer Garnisonstadt M.-Schle, am Markt gelegen, Umsatz nachw. 50–60.000 M., ist vom 1. October ab zu verpachten ebenst. zu verkaufen. Zur Übernahme gehören 9–10.000 Mf. Offerten S. W. 14 postlagernd Münsterberg, Schl. [822]

Größte Auswahl von Flügel, Pianinos und Harmoniums unter fester Garantie in der Perm. Industrie-Ausstellung, nur 1. Etage.

Landwirthschaftliches. Zur Herbstbestellung und zur gleichmäßigen Aussaat von fruchtlichem Düniger empfehlen wir unsere neue, mit Selbstreinigung versehene, patentierte Dünigerstreumashine, die, wenn nicht die allein brauchbare, doch die beste aller vorhandenen und von allen Sachverständigen als solche anerkannt ist, in einer Spurbreite bis zu 12 Fuß, auch 4 Meter.

Mit der Dünigerstreumashine von 12 Fuß Spurbreite lassen sich bei einer Anspannung von 2 Zugtieren täglich bis 50 Morgen bejäten.

Alles Nähere in unserem illustrierten Kataloge, den wir umgehend gratis übersenden. [1662]

W. Siedersleben & Comp., Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Eisengießerei, Bernburg (Anhalt).

Landwirthschaftliches. Zur Herbstbestellung empfehlen wir den Herren Landwirten unsere Drillmaschinen für die größten und kleinsten Verhältnisse in drei Systemen, nämlich:

das Germania-System mit Fahrrädern von 4½ Fuß rhl. Durchmesser, das Ascania-System mit Fahrrädern von 4 Fuß rhl. Durchmesser, das Saronia-System mit Fahrrädern von 3 Fuß rhl. Durchmesser, Perlkranze. [2799]

Carl Stahn, Klosterstraße 1, am Stadtgraben,

1 Chaiselongue, 1 Schrank, 1 Kinderbett, 2 Tische Scheiteringstraße 9 bei H. Chrbeck zu verkaufen. [2259]

1 Lefauh.-Flinte, Damasc. und 1 Nebelhorn nebst Ledertasche billig zu verkaufen Gabiustraße 8, S. H. 1 Treppe L. [2283]

Trische Rehhühner von 50–80 Pf. das Stück, Rehrücken von 7 M., -Keulen von 5 M. ab, Hirschfleisch von 30–60 Pf. empfiehlt C. Schubert, Orlauerstraße 64, Eingang Käzelohle. [2260]

Gute Johannikartoffeln liefert den Sack zu 150 Pf. für 3 Mark frei in's Haus das Wirtschaftsamt Schottwitz bei Breslau. [2817]

Ein Flügel, Pol. u. gut erb., steht bill. z. Verk.; ebenso gebr. Möbel Tauenzenstraße Nr. 25, part. 1. [2262]

Ein altes nicht stark abgenütztes Eisenernes Käsefond wird z. kaufen gesucht. Off. m. Preisang. u. S. C. 53 i. d. Brief d. Bresl. Zeitung. [2783]

Wohnei 46/47 sind Wohnungen zu vermieten: zwei Stuben, vorheraus, Altov, Küche, Boden, Keller u. Wasserleitung; und 1 Wohnung, Stube, Altov, Küche, Boden, Keller und Wasserleitung. Näheres bei E. Schäke, Altbücherstraße Nr. 8 und 9. [2276]

Breslauer Börse vom 28. August 1879.

Islandische Fonds. Amtlicher Cours.

Reichs-Anleihe 4 99,00 G

Pr. cons. Anl. 4% 106,10 B

do. cona. Anl. 4 99,50 B

do. Anleihe. 4 —

St.-Schuldach. 3½ 95,15 B

Pres. Früm.-Anl. 3½ —

Bresl. Stdt.-Obl. 4 102,90 B

do. do. 4 90,80 bzG

Schl. Pfdrbr. altl. 3½ 100,80

do. Lit. A... 3½ 103,10 G

do. altl. 4 99,50 G

do. Lit. A... 4 99,40 B

do. do. 4 103,10 G

do. Lit. B... 3½ —

do. Lit. C... 4 I. —

do. de. 4 IL 99,40 B

do. de. 4 103,10 G

do. (Rustical) 4 I. —

do. do. 4 IL 99,25 B

do. do. 4 103,10 G

Pos. Ord.-Pfdrbr. 4 98,10 bzB

Rautenbr. Schl. 4 99,40 G

de. Posener 4 —

Schl. Pr.-Hilfsk. 4 —

do. do. 4 102,80 G

Schl. Bod.-Ord. 4 100,90 B

do. do. 5 103,25 bz

Goth. Pr.-Pfdrbr. 5 —

Sächs. Rente .3 —

Australische Fonds.

Orient-Anl EmI. 5 60,00 G

do. do. II. 5 60,25 à 40 bz

do. do. III. 5 60,15 G

Oest. Pap.-Rent. 4½ 57,00 G

do. Silb.-Rent. 4½ 58,75 bzB

do. Goldrente 4 68,25 B

do. Leoste 1860 5 117,25 bzG

do. do. 1864 —

Ung. Goldrente 6 79,10 à 15 bz

Poin. Liqu.-Pfd. 4 57,50 à 75 bz

do. Pfandbr. 4 —

do. do. 5 64,00 bzG

Russ. Bod.-Ord. 5 —

Russ. 1877 Anl. 5 89,15 G

Islandische Eisenbahn-Stammactien und Stamm-Prioritätsactien.

Br.-Schw.-Fr. 4 78,00 G

Obschl. ACDE. 3½ 157,75 G

do. B... 3½ —

R.-O.-U.-Eisen 4 126,25 bz

do. St.-Prior. 5 126,25 B

Pos.-Kreuzb. do. 5 —

Islandische Eisenbahn-Prioritäts-Globallotien.

Freiburger ... 4 96,75 B

do. 4½ 101,10 R

do. Lit. G. 4½ 100,90 B

do. Lit. H. 4½ 100,20 B

do. Lit. J. 4½ —

do. Lit. K. 4½ —

do. ... 5 104,40 bz

Oberschl. Lit. E. 3½ 89,75 G

do. Lit. C. D. 4 98,15 B

do. 1873 ... 4 97,00 B

do. 1874 ... 4 102,00 G

do. Lit. F. 4 102,50 G

do. Lit. G. 4 102,00 G

do. Lit. H. 4 103,00 B

do. 1869 ... 5 —

do. Willa.-B. 5 103,00 G

do. N.-S. Zwgh. 3½ —

do. Neisse-Br. 4½ —

R.-Oder-Ufer. 4½ 102,50 G

Wochsel-Cours vom 27. August.

Amsterd. 100 fl. 3 ks. 169,70 B

do. do. 2M. 168,55 G

London 1 L.Stri. 2 ks. 20,475 G

do. do. 3M. 20,395 G

Paris 100 Frs. 2 ks. 80,00 bz

do. do. 2M. —

Warsch. 100 S.R. 6 8T. 209,50 G

Wien 100 Fl. 4 ks. 174,75 G

do. do. 2M. 173,50 G

conver- [B]

Fremde Valuten.

Dacaten ... —

20 Frs.-Stücke [bz] —

Oest. W. 100 fl. 174,65 G

Russ. Bankbil. [bz] 182 bzG

Russ. Bankbil. 100 S.-R. 211,50 à 75 ult 211,50 à 12,50

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Karl Pröll) Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Harlemer Blumenzweihen.

Der erste Haupttransport von Hyazinthen, Tulpen u. s. w. für Zimmer und Glashaus ist in sehr starken Exemplaren angekommen. Die zweitwichtigste Cultur zum frühen und sicherer Blühen wird gern mitgetheilt. Einzelne in Töpfen und Erde dazu gratis. Samenhandlung: C. Schweizerstraße, das dritte Gewölbe auf der Schloßhöhe. Um Früchten zu vermeiden, bemerke ich, daß meine Brüder, die früheren Samenhändler, Julius und Eduard Monhaupt der Ältere, verstorben sind. [2800]

Alexander Monhaupt senior.

Natürliche Mineralbrunnen,

sowie sämmtliche künstliche Wasser von

Dr. Struve & Soltmann

hält stets in frischster Füllung auf Lager.

C. L. Sonnenberg,

<p